Das Abonnement beträgt:
1½ Rthlr. für ¼ Jahr in Berlin,
1¾ " " " " incl. Post-
zuschlag in allen Theilen der Monarchie.
Einzelne Nummern werden mit
2½ Sgr. berechnet.
Dies Blatt erscheint täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage.

Neue Preußische Zeitung.

Vorwärts mit Gott für König und Vaterland!

Alle Postanstalten nehmen Bestellung
auf dieses Blatt an, für Berlin die
Expedition der Neuen Preußischen
Zeitung:
Deßauer-Straße № 5.
Insertions-Gebühr für den Raum einer
viergespaltenen Petitzeile 2 Sgr.

Nr. 35. Berlin, Mittwoch, den 13. Februar. **1850.**

Kein deutscher Sonderbund,

kein Einstimmen in das leidige Prinzip, das deutsche Reich sei nur so groß, als das Wohlgefallen an der Radowitz'schen Politik, kein Zerreißen des Bandes, das, wenn noch möglich, allein im Stande ist, die Einigungsversuche der Revolution zu überdauern. Sachsen, Hannover, Mecklenburg, was hat sie von uns abgewendet, wenn nicht die Furcht, daß unsere Verheißung, mit dem kühnen Greifer Hand in Hand zu gehen, noch ernstlicher gemeint ist, als sie klingt. Oesterreich und Baiern, was hält sie fern, wenn nicht der, wie es scheint, nicht unbegründete Verdacht, daß Preußen nicht in der Lage sei, die Rechte seiner großen Nachbarn, so wie sich's gebührt, zu achten? Und alle die kleinen Fürsten und Staaten, was treibt sie zu uns hin, wenn nicht die Kraft der heimischen Demokratie und das Bestreben, durch Entzweiung Oesterreichs und Preußens das eigene Dasein kümmerlich zu fristen? Wir können es keinem Volke und keinem Fürsten übel deuten, wenn sie ein Bündniß fliehen, das mit dem Selbstmord schließt, und wenn auch die preußischen Kreisgerichte angewiesen sind, die in den Staatsverträgen wohl verbrieften Rechte der Mediatisirten privatim bestens zu beschützen, die vormals deutschen Fürsten hätten sich doch wohl noch länger gesträubt, wären sie gleich damals auf diesen Schutz beschränkt gewesen. Wir haben schon einmal so Politik gemacht, daß wir die Schafe nur nach der Wolle theilten, und das J. 1848 war die Probe auf das Exempel — hüten wir uns, das Experiment, wenn auch in anderer Form, zu wiederholen und abermals die Bande zwischen den Völkern und ihren angestammten Fürsten zu lockern oder zu zerreißen, es möchte zum zweiten Male Niemand da sein, sie wieder anzuknüpfen. Die deutsche Einheit nach dem Zuschnitt Gagern-Radowitz wird stets mit Schmach und Lächerlichkeit zu Ende gehen, und wir spielen nicht mit, wenn man das Schauspiel aus der Paulskirche jetzt im Kleinen mit lebenden Bildern wiederholen will.

Deutschland.

Kammerbericht.

Erste Kammer.

Berlin, 11. Februar. — 115. Sitzung.

Der Präsident v. Auerswald eröffnet die Sitzung um 10 Uhr.

Zuvörderst leistet der Abg. Carl Hermann Conrad Burmeister, der Krankheitshalber am 6. d. M. daran behindert gewesen, den Eid auf die Verfassung. Sämmtliche anwesende Mitglieder erhoben sich dabei nach dem Vorgange Mehrerer.

Das Protocoll der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.

Am Ministertische sitzen die Herren Graf von Brandenburg, v. Rabe, v. Strotha, die Regierungs-Kommissarien Schellwitz und Wehrmann.

Nachdem noch die endliche Fassung des Gesetzes über die Reallasten ꝛc. und des Nachtrages dazu angenommen, geht die Kammer in der Tagesordnung weiter zur Fortsetzung der Berathung über den Gesetz-Entwurf, betreffend die Ergänzung und Abänderung der Gemeinheitstheilungs-Ordnung vom 7. Juni 1821, und zwar über Art. 10. Die Kommission trägt darauf an: 1) den letzten Satz des ersten Alinea folgendergestalt zu fassen: Die darauf befindlichen Holzbestände verbleiben dem Forst-Eigenthümer. Er muß dieselben vor der Uebergabe des Landes, im Mangel einer Einigung, nach der Bestimmung der Auseinandersetzungs-Behörde auf einmal, oder binnen einer Frist, welche drei Jahre nicht übersteigen darf, abräumen. Bis zur vollständigen Abräumung und Uebergabe des Entschädigungs-Landes hat der Forst-Eigenthümer eine dem Ertrags-Werth der noch nicht abgetretenen Fläche entsprechende Geldrente dem Berechtigten zu zahlen. 2) Das zweite Alinea in folgender Fassung anzunehmen: Für Dienstbarkeits-Rechte zum Mitgenusse des Holzes und zum Streuholen ist jedoch der belastete Grundbesitzer befugt, die Entschädigung des Berechtigten in auch nur zur Holzzucht geeignetem bestandenen Forstlande mit Anrechnung der darauf befindlichen Holzbestände zu gewähren, wenn letztere zu einer nachhaltigen forstmäßigen Benutzung geeignet sind. In diesem Falle muß aber die Abfindungsfläche, wenn sie einen nur zur Hochwaldwirthschaft geeigneten Holzbestand enthält, mindestens einen Umfang von 30 Morgen haben. 3) Mit diesen Abänderungen den Artikel 10 zu genehmigen.

Der Abg. v. Kathen spricht für den Kommissions-Vorschlag.

Der Abg. Graf v. York dagegen spricht für ein von ihm eingebrachtes Amendement, nach welchem auch hier der Präclusivtermin für Ablösung gestrichen werde, und der Regierungs-Kommissarius erklärt sich mit diesem Verbesserungs-Antrage vollkommen einverstanden.

Bei der Abstimmung wird nach Verwerfung des Amendements des Grafen v. York der Antrag der Kommission angenommen.

Die übrigen Artikel werden mit Einschluß des von der Kommission vorgeschlagenen neuen Artikels, hinter 14, welcher lautet: Die Bestimmungen des Gesetzes über die Ablösung der Reallasten vom heutigen Tage (§. 108, 109, 110 und 111) in Betreff der Befugniß der Auseinandersetzungs-Behörden in der Auswahl ihrer Kommissarien und der Befugnisse der letzteren, so wie in Betreff des Legitimations-Punktes, der Wahrnehmung der Rechte dritter Personen und des Rechts, Ablösungs-Kapitalien zu verwenden, finden auch auf das Verfahren bei Gemeinheitstheilungen Anwendung. — Angenommen.

Hierauf werden die schon in der vorigen Nummer genannten 8 Deputirten für das Staatenhaus in Erfurt gewählt. Bei der Wahl des neunten Abgeordneten stimmen 156 Mitglieder, absolute Majorität 79; es erhalten Stimmen der Abgeordnete Baumstark 79, der Abg. Graf York 71. Der Abg. Baumstark ist also gewählt.

Bei der Wahl des zehnten Abgeordneten stimmen 155 Mitglieder, absolute Majorität 78; es erhalten Stimmen: der Abg. v. Olfers 92, der Abg. v. Bernuth 57. Der Abg. v. Olfers ist also gewählt.

Die beiden letzteren Mitglieder nehmen gleichfalls die Wahl an.

Schluß der Sitzung 3 Uhr. — Nächste Sitzung morgen (Dienstag) 12 Uhr.

Zweite Kammer.

Berlin, den 9. Februar. 100ste Sitzung.

Eröffnung 12½ Uhr.

Am Ministertische sitzen die Herren v. Manteuffel, (Geheime Ober-Regierungsrath Mätzke als dessen Commissarius), v. Strotha, Simons, Graf Brandenburg.

An der Tagesordnung ist der fünfte Bericht der Central-Budgets-Commission über den Etat für das Ministerium des Innern.

Aus der Polizei-Verwaltung in den größeren Städten, mit Ausnahme Berlins, kamen für 1849 auf: 15,054 Thlr. 9 Sgr. 7 Pf., aus der Verwaltung der Straf- und Besserungs-Anstalten 345,116 Thlr. 25 Sgr. 1 Pf. Beide Posten werden von 1851 ab auf den Staatshaushalt-Etat gebracht.

An durchlaufenden Einnahmen ergeben sich 1) Gebühren für Päſſe nach dem Etat von 1849: 23,350 Thlr. 16 Sgr. 6 Pf. 2) zu dem, aus den Chaussee-Polizei-Strafgeldern gebildeten, Unterstützungs-Fond für Wittwen und Waisen von Polizei-Beamten 451 Thlr. 7 Sgr. 7 Pf.

Der Regierungs-Commissarius Mätzke erklärt sich mit dem alsbald angenommenen Commissions-Antrage einverstanden, wenn bei der Revision des Regierungs-Etats auf die Dispositions-Fonds Rücksicht genommen wird.

Der Antrag lautet: „Die Kammer wolle für erforderlich erklären, daß die Einnahmen an Paßgebühren pro 1851 und ferner als eine wirklich bestehende Einnahme in die Linie aufzunehmen, daß die Kosten für die Anschaffung der Paß-Formulare, Journale, Register ꝛc. in der Ausgabe nachgewiesen, daß die Ueberschüsse ferner nicht mehr zu Remunerationen in der oben erläuterten Weise verwendet, sondern an die General-Staatskasse abgeführt, daß dagegen die Unterstützungen der aus derselben bisher remunerirten Beamten, deren Diensteinkommen den jährlichen Betrag von 1000 Thlrn. nicht übersteigt, wo eine begründete Nothwendigkeit dafür nachgewiesen ist, aus geeigneten Dispositions-Fonds gewährt werden soll."

Die Einnahmen, welche in anderen Etats nachgewiesen werden, entstehen aus der Amtsblatts-Verwaltung und betrugen im Jahre 1849 113,906 Thlr., oder nach Abzug der Ausgaben von 88,012 Thlr. als Ueberschuß 25,894 Thlr. Der Etat für 1850 weiset eine Netto-Mehreinnahme aus der Amtsblatts-Verwaltung von 2081 Thlr nach.

Die Ausgaben sind: 1. Für das Ministerium des Innern selbst. Der Etat für 1849 enthält, gleich dem für 1850, eine Ausgabe von 89,920 Thlr., und weiset gegen die des Jahres 1848 eine Verminderung um den Betrag von 21,801 Thlr. nach, die hauptsächlich durch die im Eingange dieses Berichtes angedeuteten Ressort-Veränderungen bei dem Besoldungs-Titel erzielt worden ist.

Die Commission beantragt: „Die Kammer wolle gegen die Staats-Regierung die Erwartung aussprechen: a) daß im nächsten Etat der Betrag in den Fond für Büreau- und Hülfs-Arbeiter aufgenommen, b) daß das System der persönlichen Zulagen grundsätzlich verlassen und der normale Betrag der Besoldungen innegehalten werde." Ohne Diskussion angenommen.

Die Kammer beschließt dann den Ausgabe-Etat des Ministeriums des Innern für das Jahr 1849 mit der Summe von 89,920 Thlr. und mit einem gleichen Betrage für das Jahr 1850 als richtig anzuerkennen.

II. Für das statistische Büreau und meteorologische Institut.

Die Central-Commission trägt darauf an: „die Kammer wolle die Ausgaben für das statistische Büreau und meteorologische Institut für das Jahr 1849 auf 13,990 Thlr. und für das Jahr 1850 auf 15,990 Thlr. festsetzen." Ohne Discussion angenommen.

III. Für die Landraths-Aemter. Der Etat für 1849 setzt für die landräthlichen Behörden die Summe von 735,320 Thlr. aus; eine Mehr-Ausgabe von 7540 Thlr. gegen das Jahr 1848. Wenngleich die Central-Commission vorhin den Antrag gestellt hat, daß das System der persönlichen Zulagen als Regel verlassen werden möge, so glaubt sie doch für die landräthlichen Behörden eine Ausnahme von jener Regel empfehlen zu dürfen. Ohne Discussion genehmigt. Zu Fuhrgeldern und Büreaukosten der Landräthe sind 221,891 Thlr. ausgeworfen; dieselben betragen in den meisten Fällen 430—440—540 und 560 Thlr., steigen auch in einzelnen Fällen noch höher, in einem Falle sogar bis auf 1040 Thlr. Die Central-Commission findet gegen diese Einrichtung nichts zu erinnern. Angenommen. Das Gehalt der Kreis-Secretäre, welches 400—600 Thlr. beträgt, wurde von der Commision einstimmig für gering anerkannt, und sie beantragt daher: die Kammer wolle ihre Ansicht aussprechen, daß es angemessen sei, die Kreis-Secretäre mit den Regierungs-Secretären gemeinschaftlich im Gehalt rangiren zu lassen, und deshalb die Gehälter der ersteren auf die Etats der Regierungen zu bringen, ohne jedoch bei ihrer Einrangirung in die Gehälter darauf Rücksicht zu nehmen, ob die letzteren der ersten oder der zweiten Klasse angehören. Angenommen. Der Schluß-Antrag: „die Kammer wolle die Ausgaben für die Landraths-Aemter pro 1849 auf 735,320 Thlr., pro 1850 auf 732,238 Thlr. feststellen," wird genehmigt.

IV. Für die Verwaltung in den größeren Städten und in mehreren einzelnen Ortschaften sind nach dem Etat für 1849 zu diesem Zwecke ausgesetzt 756,423 Thlr., während der Etat für 1848 hierzu nur 337,301 Thlr. aussetzt. Die Mehrausgabe von 419,122 Thlr. wird dahin begründet, daß solche durch die neu errichtete Schutzmannschaft in Berlin entstanden ist. Bei Prüfung dieses Etats-Abschnittes erkannte die Commission es zunächst an, daß bei der vorliegenden Vertheilung der Kosten für die Polizei-Verwaltung die distributive Gerechtigkeit nicht überall vollständig gewahrt zu sein schiene, indem für einzelne Städte die qu. Kosten ganz, für andere nur zum Theil übernommen seien, doch abstrahirte dieselbe von einem hierauf zu stellenden Monitum, weil sie voraussetzte, daß durch die bevorstehende Kreis-, Bezirks- und Gemeindeordnung dieser Gegenstand eine den vorstehenden Anforderungen entsprechende Erledigung finden wird.

Hinsichtlich der Höhe der Besoldungen der Polizeibeamten hat die Central-Commission sich gleichfalls über allgemeine Normalsätze, welche natürlich nur auf künftige Anstellungen Anwendung erhalten sollen, verständigt. Angenommen.

Die Kammer beschließt, daß sie auf alle executiven Polizeibeamten, ohne Angabe der Rangklasse, Anwendung finden.

Zu den Polizei-Ausgaben für die Stadt Berlin von 172,151 Thlr. 20 Sgr., treten nun noch hinzu die Kosten für die im Jahre 1848 neu errichtete Schutzmannschaft mit 418,150 Thlr. Wenngleich die Zweckmäßigkeit und Nothwendigkeit des ganzen Instituts der Schutzmannschaft für Berlin in der jetzigen Zeit nach der Ansicht der Majorität nicht verkannt werden darf, so entstehe doch zunächst die Frage, ob die hohen Geldbeträge, welche die gesammte Polizei-Verwaltung in Berlin, und insbesondere die mit derselben verbundene Schutzmannschaft nach den Etats für 1849 und 1850 erfordert, gerechtfertigt erscheinen oder nicht. Die Central-Commission hat sich für die letztere Alternative aussprechen zu müssen geglaubt, indem eine derartige Einrichtung ihrer Ansicht nach sehr wohl ausführbar erscheint, ohne einen so erheblichen Kostenaufwand zu verursachen, und sie stellt folgende Anträge: 1) die Kammer wolle beschließen, von dem Etat für die provisorische Schutzmannschaft in Berlin für 1850, welcher eine Ausgabe von 406,356 Thlr. nachweist, a) das Gehalt für 230 Schutzmänner mit 26,920 Thlr., b) von den Fonds für ärztliche Hülfe und Medizin den Antheil dieser 230 Mann mit 326 Thlr., c) desgleichen von den Fonds zur Anschaffung von Bekleidung und Waffen 5120 Thlr., d) desgleichen von den Fonds zu außerordentlichen Ausgaben 880 Thlr., e) desgl. von den Fonds zu Unterstützungen, Gratificationen ꝛc. 1760 Thlr., f) die Besoldung für 3 Polizei-Sergeanten mit 950 Thlr.; überhaupt 35,006 Thlr. abzusetzen, und für die genannte Schutzmannschaft für 1850 nur eine Ausgabe von 370,400 Thlr. zu bewilligen. 2) Die bestimmte Erwartung auszusprechen, daß auf eine fernere wesentliche Verminderung dieser Kosten sobald als möglich hingewirkt, so wie auf die schleunige, in der Kabinets-Ordre vom 23. Juni 1848 angedeutete Reorganisation der hiesigen Polizei-Verwaltung Bedacht genommen werde.

Der Commissions-Antrag Nr. 1 wird angenommen. Zu Nr. 2 hat Gr. Villiers ein Amendement gestellt, welches nicht unterstützt wird. Der Commissions-Antrag wird in seinem ersten Theile abgelehnt, in seinem zweiten angenommen.

Der Antrag der Commission: „Die Kammer wolle beschließen: 1) die für Dienstpferde der Sergeanten angesetzten 450 Thlr. vom Etat pro 1850 abzusetzen. 2) Von den 58 Sergeantenstellen, nach Abzug der bereits eingezogenen 6, also 52 Stellen mit dem Gehaltsbetrage von 15,650 Thlr. auf dem Etat für 1850 zwar noch zu belassen, dagegen die Erwartung auszusprechen, daß dieser Betrag auf dem Etat für 1851 ferner nicht mehr erscheine;" wird angenommen. Ebenso der Antrag, die als Miethsentschädigung für den Polizeidirektor in Magdeburg angesetzten 400 Thlr. vom Etat für 1850 abzusetzen.

Der Schlußantrag: „Die Kammer wolle die Ausgaben für die Polizeiverwaltung in den größeren Städten und in mehreren einzelnen Ortschaften: 1) für das Jahr 1849 auf den Betrag von 756,423 Thlr., 2) für das Jahr 1850 von 749,483 Thlr. nach Absetzung der unter Nr. 10 gestrichenen 35,006 Thlr., unter Nr. 11 gestrichenen 430 Thlr., der unter Nr. 12 gestrichenen 400 Thlr., überhaupt nach Absetzung der Summe von 35,836 Thlr., auf den Betrag von 713,647 Thlr. festsetzen." — wird angenommen.

Für die Districts-Commissarien der Provinz Posen setzen die Etats 54,030 Thlr. aus. Die Commission beantragt Genehmigung dieser Summe. Ohne Discussion angenommen.

(Schluß der Sitzung: 3½ Uhr. Nächste Sitzung: Abends 6 Uhr.)

Zweite Kammer.

Berlin, den 9. Februar, 101. Sitzung (Abends.)

Anfang gegen 6½ Uhr. Präsident Graf Schwerin. Schriftführer die Herren Reuter und Groddeck.

Am Ministertisch: die Herren v. Manteuffel, v. Strotha, und als Regierungs-Kommissar der Geh. Rath Fleck. Später die Herren Simons und Regierungs-Kommissar Mätzke und Hr. v. Rabe.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und angenommen.

Der Präsident der ersten Kammer zeigt an, daß die erste Stelle die Dringlichkeit der Verordnung vom 4. Januar anerkannt, die Verordnung selbst aber nicht unverändert angenommen. Ferner übersendet er den Gesetzentwurf über die Verpflichtung der Gemeinden zum Ersatz des bei Aufläufen veranlaßten Schadens. Derselbe wird der Commission für das Gemeindewesen überwiesen.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung des 5. Budget-Berichts, und zwar zunächst Position VI., der Etat für die Landgensdarmerie.

Der Etat für 1849 beträgt 859,757 Thlr., und erläutert die Mehrausgabe von 229,162 Thlr. gegen das Jahr 1848 damit, daß die Besoldungen der Gensdarmerie-Offiziere, so wie der Pensionsfonds für diese und die Gensdarmen vom Militär-Etat abgesetzt und auf den Landgendarmerie-Etat übertragen worden sind.

Die in Berlin stationirten Gensdarmen, deren Anzahl noch immer nicht unbedeutend ist, erscheinen neben dem Institute der Schutzmannschaft völlig entbehrlich, weshalb darauf angetragen wird: „die Kammer wolle die Erwartung aussprechen, daß diese Gensdarmen, zur Verstärkung des Dienstes im Lande, baldigst versetzt werden, wodurch zugleich die Ausgabe von 2236 Thlr. zur Beschaffung des Brennholzes für die in Berlin stationirten Gensdarmen erspart wird."

Der Minister des Innern erklärt, daß die beregte Angelegenheit bereits im Gange sei.

Der Antrag wird angenommen.

Der Etat wird für 1849 auf 859,757 Thlr. und für 1850 auf 862,357 Thaler festgesetzt.

VII. Für die Straf- und Besserungs-Anstalten. Diese Anstalten erfordern nach dem Etat für 1849 einen Kosten-Aufwand von 858,941 Thlr. oder nach Abzug der eigenen Einnahmen von 345,117 Thlr., einen Zuschuß aus Staatsfond von 513,824 Thlr., zu welchem noch der allgemeine Dispositions-Fonds zur Deckung von Mehrausgaben mit 136,000 Thlr. hinzutritt, so daß die Ausgaben des Staats für diese Zwecke sich auf 649,824 Thlr. belaufen.

In Betracht des schweren Dienstes und der im Ganzen geringen Besoldung der Straf-Anstalts-Beamten trägt die Commission darauf an: die Kammer wolle den allgemeinen Beschluß, wonach Beamte künftig keine Gratificationen beziehen sollen, auf die Beamten der Straf-, Besserungs- und Gefangen-Anstalten nicht für anwendbar erklären.

Der Commissionsantrag angenommen.

Der Schlußantrag: „Die Kammer wolle den Staatszuschuß für die Straf- und Besserungs-Anstalten 1) für 1849 auf 649,824 Thlr., 2) für 1850 auf 684,857 Thlr. festsetzen", wird angenommen.

VIII. Für die Armen- und Wohlthätigkeits-Anstalten. Die Ausgaben für vorstehende Zwecke zerfallen nach dem Etat für das Ministerium des Innern in 3 Abschnitte, und betragen für das Jahr 1849 nach Seite 464, Bd. I. der Beilagen: 1) für Almosen und Unterstützungen, so wie zur Unterhaltung von Armen- und Wohlthätigkeits-Anstalten 151,479 Thlr. 29 Sgr. 7 Pf., 2) zur Herstellung und Begründung von Damenstiftern 26,019 Thlr. 26 Sgr. 5 Pf., 3) zu Pensionen und Unterstützungen für Wittwen und verwaiste Töchter 18,168 Thlr. 24 Sgr., überhaupt 195,668 Thlr. 20 Sgr.

Sämmtliche einzelne Positionen dieses Abschnittes betreffen nur die allerspeciellsten Interessen einzelner Ortschaften, Institute ꝛc.

Der Schlußantrag: „Die Kammer wolle die Ausgaben für die Armen- und Wohlthätigkeits-Anstalten a) für das Jahr 1849 auf den Betrag von 195,068 Thlr.; b) für das Jahr 1850 im Betrage von 199,577 Thlr., nach Abzug der vorstehend unter 1) und 2) gestrichenen 33,003 Thlr., vorbehaltlich der calkulatorischen Festsetzung genehmigen", wird angenommen.

IX. Verschiedene Ausgaben zu politischen Zwecken und Bedürfnissen der Verwaltung des Innern. Dieselben zerfallen nach dem Etat des Ministeriums des Innern in 4 Abtheilungen und betragen für das Jahr 1849 1) zu verschiedenen polizeilichen Zwecken und anderen Bedürfnissen der Verwaltung des Innern 61,972 Thlr. 25 Sgr. 10 Pf.; 2) Dispositionsfond zur Deckung von Mehrausgaben bei der Polizeiverwaltung 30,000 Thlr.; 3) Dispositionsfond für die höhere Polizei 25,000 Thlr.; 4) Dispositionsfond für die Verwaltung des Innern und zu Mehrausgaben 14,060 Thlr., überhaupt 130,972 Thlr. 25 Sgr. 10 Pf., oder in runder Summe 130,073 Thlr. Sämmtliche Positionen werden genehmigt.

Die geheimen Fonds betragen pro 1849 25,000 Thlr., pro 1850 80,000 Thlr. Sie werden ohne Diskussion genehmigt und der Minister des Innern dankt für das ihm dadurch bewiesene Vertrauen und verspricht, von diesem Fond nur den mäßigsten Gebrauch zu machen.

Sämmtliche folgende Anträge der Commission in Betreff dieses Abschnitts werden genehmigt.

C. Außerordentliche Ausgaben. Die außerordentlichen Ausgaben des Ministerii des Innern bestehen 1849 in den Kosten: 1) zum Bau und zur Erweiterung von Straf-Anstalten 209,928 Thlr.; 2) zur Administration und Unterhaltung der Straf-Anstalten bei Berlin 21,240 Thlr.; 3) zur Unterhaltung der Grenzpolizei an der russischen Grenze in der Provinz Preußen 7568 Thlr., überhaupt 238,736 Thlr. Der Etat für 1850 setzt an außerordentlichen Ausgaben des Ministerii des Innern aus: 1) zum Bau und zur Reparatur von Straf-Anstaltsgebäuden 191,399 Thlr., 2) zur Unterhaltung der Grenzpolizei an der russischen Grenze 7568, überhaupt 198,967 Thlr. Ohne Diskussion angenommen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Justizkommission über die von der ersten Kammer modificirte, unterm 8. Januar 1849 erlassene Einführungsverordnung zur allgemeinen Wechselordnung für Deutschland.

Das ganze Gesetz wird nach dem Beschlusse der ersten Kammer angenommen.

Schluß 10½ Uhr. Nächste Sitzung Montag Abends 6 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen, und Budgetbericht.

Zweite Kammer.

Vom 11. Februar 1850 (Abends.)

Eröffnung: Gegen 6¼ Uhr.

Präsident: Graf Schwerin.

Am Ministertisch: Die Minister des Innern und der Justiz, so wie die Regierungskommissare v. Griesheim, v. Könen und Korb, später auch der Finanzminister, der Ministerpräsident und der Handelsminister.

Man geht hierauf zur Tagesordnung über. Zuvörderst werden mehrere in der letzten Sitzung bereits ungedruckt angenommene Amendements zum fünften Bericht der Budgetkommission wiederholt angenommen. Eben so wird der revidirte Gesetzentwurf über die Einkommen- und Klassensteuer wiederholt angenommen.

Darauf folgt der Bericht der Kommission über den Gesetzentwurf, betreffend die neue Eintheilung der Bezirke der Hypothekenämter im Bezirke des Appellationsgerichtshofes zu Cöln.

Zunächst wird eine allgemeine Diskussion eröffnet.

Rietz erklärt sich gegen den ganzen Gesetzentwurf. — Scherer ist für den Gesetzentwurf und sucht die vom Vorredner erhobenen Bedenken zu widerlegen. — Der Justizminister bemerkt zunächst, daß der Abfassung des Gesetzentwurfs eine Berathung der Lokalbehörden vorangegangen sei, und geht dann auf die einzelnen Vorwürfe ein. Auf eine Aenderung des materiellen Hypothekenrechts könne man nicht warten, weil eine solche überhaupt bedenklich sei. Die gegenwärtigen Bezirke der Hypothekenämter entsprächen weder denen der Gerichte, noch denen der Administrativbehörden, bedürften also einer Veränderung.

Hierauf wird der Schluß angenommen.

Berichterstatter Schröter (Cöln) spricht für den Gesetzentwurf im Allgemeinen.

Sodann wird die Specialdiskussion über §. 1 eröffnet. Als den hierin offen gelassenen Termin für Eintritt der Wirksamkeit des Gesetzes hat die Kommission den 1. Oktober d. J. vorgeschlagen — angenommen.

Die §§. 2 — 4 schreiben das Verfahren für die Schließung der Hypothekenregister in den bisherigen Hypothekenämtern vor, und werden ohne Diskussion angenommen.

§. 5 enthält Vorschriften für den Fall, wenn künftige Auszüge aus den Hypothekenregistern verlangt werden. Er wird mit einer unbedeutenden Aenderung der Kommission ohne Diskussion angenommen.

Ebenso nimmt die Kammer §§. 6 und 7 an, welche die Aushängung eines Verzeichnisses der zugehörigen Ortschaften für jedes Hypothekenamt verordnet, und dem Justizminister die Ausführung des Gesetzes übertragen.

Endlich wird auch der Gesetzentwurf im Ganzen angenommen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist der achte Bericht der Budgetkommission enthaltend die Einnahmen und Ausgaben der Justizverwaltung.

Die Kommission hat bei Gelegenheit der Ausgaben für den Rheinischen Revisions- und Kassationshof beantragt: die Kammer wolle die bestimmte Erwartung aussprechen, daß durch ungesäumte Vorlegung des im Art. 116 der Verfassungs-Urkunde verheißenen Gesetzes die Vereinigung des Rheinischen Revisions- und Kassationshofes mit dem Obertribunal angebahnt werde.

Der Justizminister stellt für die nächste Sitzungsperiode Vorlage des diesfälligen Gesetzes in Aussicht, bemerkt aber, daß Räthe des Revisionshofes zum fünften (Kriminal-) Senat des Ober-Tribunals zugezogen worden.

Hierauf wird auf Antrag des Abg. Jordan über den Kommissions-Antrag zur Tagesordnung übergegangen.

Bei den Ausgaben für die Appellationsgerichte hat die Kommission beantragt: Die Ansicht auszusprechen, daß ein Betrag von 3000 Thlr. nicht wie bisher blos im Interesse der Provinz Posen sondern auch anderer Landestheile zu verwenden sei, in welchen ein Bedürfniß zur Anstellung von Richtern, die der polnischen Sprache mächtig sind, vorhanden ist.

Der Uebergang zur Tagesordnung wird beschlossen.

Zu Gehaltszulagen und Gratifikationen für Subalternen- und Unterbeamte der Obergerichte sind im Etat für 1850 noch 2935 Thlr. ausgesetzt. — Die Kommission beantragt: daß die Kammer die erfolgte Verwendung jener 2935 Thlr. zu Gehaltszulagen nur unter der Voraussetzung bewillige, daß dadurch weder die Gehaltsmaxima der betreffenden Subaltern- und Unterbeamten noch auch die etatsmäßige Hauptsumme der Gehalte überstiegen werde. Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Bei den Ausgaben für die Untergerichte beantragt die Kommission: die Kammer wolle erklären: 1) daß sie es für zweckmäßig anerkennt, die Abstufungen der Richtergehälter bei den Kreisgerichten durch den Bezirk eines ganzen Appellationsgerichts hindurch zu reguliren; 2) daß die pekuniäre Stellung des Unterrichter-Personals in dem Maaße verbessert werden möge, als dies entweder ohne Vermehrung der Totalausgabe, namentlich durch Entlastung jenes Personals von den richterlichen Geschäften und dadurch herbeigeführte Verminderung seiner Zahl geschehen kann; oder anderweitig in dem Maaße, als es die finanzielle Lage des Staates gestatten werde. genommen.

Bei den außerordentlichen Ausgaben hat die Commission beantragt: die Kammer wolle die Erwartung aussprechen, daß die Regierung erwägen werde, ob nicht der Kostenaufwand für die neue Organisation der Gerichte überhaupt und insbesondere durch Einziehung entbehrlich gewordener Appellationsgerichte noch mehr vermindert werden könne.

Der Justizminister will die Entscheidung bis zur nächsten Sitzungsperiode vorbehalten wissen.

Der Commissionsantrag wird stillschweigend genehmigt.

Ebenso der Schlußantrag: Die Kammer wolle die Einnahmen und Ausgaben der Justizverwaltung: 1) für 1849: a. die Einnahmen auf 4,180,879 Thlr.; b. die etatsmäßigen Ausgaben auf 6,626,334 Thlr.; c. die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben auf 969,403 Thlr.; 2) für 1850: a. die Einnahme auf 5,494,906 Thlr.; b. die etatsmäßigen Ausgaben von 9,043,566 Thlr. nach Abzug der bei dem Rheinischen Revisionshofe und den rheinischen Landgerichten abgesetzten 1500 Thlr. und 740 Thlr., zusammen 2240 Thlr. auf: 9,041,326 Thlr.; c. die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben auf 400,000 Thlr. als richtig anerkennen.

Schluß: 10¼ Uhr.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 12., Mittags 12 Uhr. — Tagesordnung: Die ersten beiden Berichte der Commission für die Gemeinde-Ordnung.

□ **Berlin**, 12. Febr. Die Nationalzeitung versucht in ihrem heutigen Leitartikel eine Widerlegung der Aufstellungen der Ostseezeitung über den Eid auf die Verfassung. Die Ostsee-Zeitung spricht die Meinung aus, daß kein Mitglied der „Volkspartei" die Verfassung beschwören könne, ohne eben dadurch aus der Partei auszuscheiden. Sie bezieht diesen Satz zunächst auf die Beamten und äußert: „Jeder Beamte, der den Eid leistet, begiebt sich dadurch des Rechts, welches wir uns vindiciren, an der Wiederherstellung unserer durch die Gesetze vom April 1848 verbürgten, durch die Gewalt umgestürzten Verfassung nicht nur auf dem Boden derjenigen Paragraphen zu arbeiten, welche dieselbe Gewalt an die Stelle dieser Verfassung gesetzt hat. Denn wir verlangen von Jedem, der die aufgedrungene Verfassung beschwört, sei er wer er wolle, daß er sie halte und fortan auf jede Opposition verzichte, die über deren Grenzen hinausgeht."

Die National-Zeitung meint dagegen, die Ostsee-Zeitung gebe dem Eide eine Auslegung, die weder durch die Formel an sich noch durch ihren Sinn begründet erscheine. Niemals sei bis jetzt die Ansicht geltend gemacht, daß Jemand, der früher einen Eid der Treue gegen den König und des Gehorsams gegen die Gesetze geleistet, während seines Verhältnisses als Beamter, Geistlicher, Lehrer, Bürger und Soldat nicht der Volkspartei angehören könne. Offenbar verpflichte doch, was die Wiedererlangung der durch die Gewalt für den Augenblick beseitigten Volksrechte betreffe, der Eid nicht mehr und nicht stärker, als die bisherigen Eide. „Das eidliche Gelöbniß, heißt es, eine Verfassung zu beobachten, hat nicht die Bedeutung, daß man schwören solle, an die Verfassung zu glauben, sie für unverbesserlich, absolut vollkommen und unveränderlich zu halten. Die gewissenhafte Beobachtung der Verfassung schließt nicht aus, die Veränderung der Verfassung zu erstreben; sie schließt nur das ein, daß so lange die Verfassung überhaupt besteht und allseitig beobachtet wird, auf dem Boden der Verfassungs-Paragraphen gearbeitet, die Veränderung der Verfassung in der Weise erstrebt werde, auf welche nach den Paragraphen der Verfassung Veränderungen, die sie selbst voraussieht, zu bewirken sind."

Beide Blätter haben in ihren Ausführungen zum Theil Recht, und zum Theil auch wieder Unrecht. Ganz mit Recht sagt die Nationalzeitung, das eidliche Gelöbniß, eine Verfassung zu beobachten, habe nicht die Bedeutung, daß man schwören solle, an die Verfassung zu glauben, sie für unverbesserlich, absolut vollkommen und unveränderlich zu halten. Eine Verfassung kann nicht zur Glaubenssache erhoben werden; Niemand kann gezwungen werden, seine individuelle Ueberzeugung mit den politischen und sittlichen Grundsätzen der Verfassung zu identificiren. Ganz anders wie mit der Freiheit der Ueberzeugung steht es aber mit der Freiheit des Handelns. Die Meinung kann nicht vor Gericht gezogen werden, aber die That in ihrer ganzen Ausdehnung verfällt dem Gesetz. Veränderungen der Verfassung können auf dem gesetzlichen Wege erstrebt werden, aber wer die Hand zu Ungesetzlichkeiten bietet, wer auf anderen Wegen als den verfassungsmäßig vorgezeichneten Veränderungen herbeiführen will, wer auf gewaltsamen revolutionären Umsturz hinarbeitet, bricht den geschworenen Eid und ist strafbar. Eines solchen Eidbruchs sind allerdings Diejenigen schuldig, welche die Nationalzeitung heute wegen ihrer Betheiligung an den früheren revolutionären Bewegungen in Schutz nimmt, und diese ihre Art von Parteinahme bietet keine sichere Bürgschaft dafür, daß ihre gleichzeitige Vertheidigung der Reform auf verfassungsmäßigem Wege ganz strikt zu verstehen sei. Die sogenannte „Volkspartei" hat sich seither ihrem ganzen Wesen nach als eine revolutionaire gezeigt. Als solche faßt auch die Ostseezeitung sie auf, und von diesem Standpunkt aus, von dieser allerdings thatsächlich vorliegenden Voraussetzung aus: daß die „Volkspartei" auch in Zukunft bleiben werde, was sie ist, daß sie auch in Zukunft auf gesetzwidrige Abänderungen der verfassungsmäßigen Zustände, auf Empörung und Umsturz hinarbeiten werde, hat das Blatt vollkommen Recht, wenn es sich für die Anhänger der Volkspartei gegen den Eid auf die Verfassung erklärt. Allerdings tritt mit der Verweigerung des Eides die Volkspartei, wie die Nationalzeitung ganz richtig zeigt, aus dem Staatsverbande, aber ihre Stellung ist nun einmal in Wirklichkeit eine solche, und wer sich selbst in Bezug auf seine Pflichten für exlex erklärt, muß es auch tragen, wenn er in Bezug auf seine Rechte als exlex behandelt wird.

Se. Majestät der König besichtigte gestern das vom Professor Tieck gearbeitete, im Gießhause aufgestellte Modell zu der für die Stadt Thorn bestimmten Statue des Copernicus.

Die Commission der zweiten Kammer zur Prüfung des Gesetzentwurfs wegen Unterstützung der hülfsbedürftigen Familien einberufener Reserve- und Landwehrmänner trägt in ihrem Bericht auf Annahme der Regierungsvorlage an.

Die Commission der zweiten Kammer zur Prüfung der Vorlage wegen Einverleibung des Großherzogthums Posen in das deutsche Bundesgebiet hat mit 13 Stimmen den Regierungsantrag abgelehnt, und beantragt dagegen mit 8 gegen 6 Stimmen: daß das Großherzogthum Posen unter Zertheilung desselben in drei, den Provinzen Preußen, Brandenburg und Schlesien zuzutheilende Stücke in das deutsche Bundesgebiet einverleibt werde.

†* **Berlin**, 12. Febr. [Berichtigung.] Zur Berichtigung des in Nummer 33 dieser Zeitung aus dem Frankfurter Journal aufgenommenen Artikels von der Bergstraße möge zur Nachricht dienen, daß der Graf zu Erbach-Fürstenau schon seit mehr als Jahresfrist durch sein körperliches Befinden außer Stande ist zu reiten, daß aber auch durchaus nichts von einem ähnlichen Vorfall in der Familie des Grafen bekannt ist, die Nachricht vielmehr gänzlich zu den häufig ganz unzuverlässigen, wenn nicht absichtlich erfundenen Artikeln jenes bekannten Journals gehören möchte.

Posen, den 9. Febr. (Pos. Ztg.) Der heutige Wasserstand am Brücken-Pegel ist 10 Fuß 6 Zoll zu Mittag gewesen. Die Ueberfälle überströmen immer stärker die Niederung und die Eisdecke will nirgends bersten. Wie man hört, sollen Festungs-Pioniere schon heute Anstalten zum Sprengen der Eisdecke getroffen haben.

L **Posen**, 10. Febr. [Notizen.] Der Minister Flottwell hat den hiesigen Magistrat in Kenntniß gesetzt, daß er die in Posen auf ihn gefallene Wahl zum Erfurter Reichstage annehme und mit aller Energie das Interesse der deutschen Bevölkerung auf demselben wahrnehmen werde. Der Professor und Stadrath Müller macht in der Posener Zeitung bekannt, daß ihm aus unmittelbarer und glaubwürdigster Quelle die Nachricht geworden sei, das Ministerium werde unter keiner Bedingung zu der von der Commission der zweiten Kammer vorgeschlagenen Zerstückelung der Provinz Posen seine Zustimmung geben, weitere Demonstrationen gegen diese Maßregel seien daher unnöthig.

L **Bromberg**, 7. Februar. [Soldateska.] Unter den Beiträgen für den hiesigen „Schutz- und Hülfsverein" sind besonders 4 Thlr. zu erwähnen, welche von Musketieren des 21sten Regiments gegeben worden. Listen, den Verein betreffend, hatten abgeschrieben werden sollen, und bei dieser Gelegenheit machte einer der Soldaten den Vorschlag, eine Geberliste sogleich auszufüllen, worauf Jeder nach seinen Kräften beisteuerte. Als Einer äußerte: der Soldat erhalte selbst nur 2½ Sgr. und könne schwerlich etwas davon noch abgeben, erwiderte ein Anderer auf gut Pommersch: Wenn's für die Armen ist, kann man schon

2½ Sgr. geben und lieber mal einen Tag hungern. (Auch ein verthierter Söldling!?)

*„ **Münster**, den 8. Febr. [Lokales.] Das hiesige Kreisgericht hat die Temmeschen Untersuchungs-Akten so eben dem Staatsanwalt zur Anfertigung der Anklage übermacht.

Dieser so viel besprochene Prozeß wird daher wahrscheinlich noch in diesem Monate mit einer Freisprechung enden.

Das 13te Linien-Infanterie-Regiment soll einem gestern hier eingetroffenen Befehle zufolge in marschfertigen Zustand versetzt werden und am 1. März nach Erfurt abgehen.

Köln, 9. Februar, 6 Uhr Nachmittags. (K. Z.) Das Wasser fällt noch immer regelmäßig ab; die gegenwärtige Höhe beträgt 24 F. 7 Z. rhein. Pegel. — In Deutz sind fast alle Straßen wieder wasserfrei. Von morgen Sonntag den 10 d. an sollen die Dampfschiffe wieder wie gewöhnlich von 7 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends, und die Schalden in den Tagesstunden fahren.

† **Wien**, 10. Februar. (Gerüchte. Presse. Notizen.) Gestern war die Luft voll von Gerüchten, welche sich aber alle auf das Ausland bezogen. Während man bereits in den Druckereien Auszüge aus der Thronrede des Königs von Preußen druckte, erzählte man sich an der Börse, der König habe abgedankt. Nachmittag machte eine Emeute von Paris die Runde durch die Stadt. Das Militair sei aus dem Felde geschlagen und der Präsident in die Flucht gejagt worden. Beides erwies sich natürlich in wenigen Stunden als falsch und man macht sich heute über das lustig, worauf man gestern hoffte oder was man fürchtete. — Die österreichische Correspondenz hat vollauf damit zu thun, alle in Berlin eingehenden und von der Berliner constitutionellen Correspondenz pomphaft gebrachten aber falschen Gerüchte zu widerlegen. So ließ sich dieses Institut vor einigen Tagen berichten, daß die österreichische Kriegsfregatte „Venus" die Bestimmung erhalten habe, sich zur Werbung von einigen Tausend Matrosen in die Nordseehäfen, besonders nach Hamburg und Bremen, zu begeben. Diese Nachricht nennt die österreichische Correspondenz eine Oesterreich feindliche und vollkommen falsche. Die dalmatinischen Städte wären so reich mit Matrosen versehen, daß sie vollkommen genügten. Und so ist es auch in der That. Auch die Nachricht, daß die österreichische Regierung den General Zaremba nach Berlin gesandt habe, um dem Könige dringend vom Beschwören der Verfassung abzurathen, ist durchaus falsch.

Heute bringt die Wiener Zeitung mehre Seiten voll Ernennungen im Justizfache. Diese Behörden werden, da das öffentliche Verfahren noch längere Zeit zu den Unmöglichkeiten gehören wird, interimistisch zu ganz anderen Bedienstungen verwendet werden als diejenigen, zu welchen sie eigentlich berufen wurden. Wenn wir die Namen der Neuernannten überblicken, so steigen uns gerechte Bedenken über die künftige Justizverwaltung in Oesterreich auf. Es wäre sehr zu bedauern, wenn diese Bedenken sich als gegründet herausstellen würden. Die Klagen über die Unzulänglichkeit der neuen politischen Verwaltung häufen sich fortwährend und werden mich zwingen demnächst darauf zurück zu kommen. — Wegen der Steuereinhebung ist das Finanzministerium im Streite mit dem Gemeinderathe. Bisher war es nämlich so, daß der Bürgermeister die städtischen und Landessteuern unter Einem erhob. Nun weigert sich die freie Gemeinde, diese Einhebung außer gegen einen unverhältnißmäßigen Abzug auch ferner zu besorgen. Das Finanzministerium kann sich diesen Abzug unmöglich gefallen lassen und die nächste Folge wird sein, daß das Finanzministerium gegen Abzug auch das städtische Einkommen übernimmt. Uebrigens wurde vom Finanzministerio angeordnet, daß die Gelder von politischen und geistlichen Fonds, welche nicht besser untergebracht werden können, gegen 4½proc. Anweisungen übernommen werden sollen.

Die Slavenski Jug und Sufslavische Zeitung sind in der Woywodschaft verboten. — Hawliczek wurde mit seinem Gesuch, die „Narodny Nowiny" in Wien herausgeben zu dürfen, abgewiesen.

Wien, 10. Febr. Die Vorschläge des k. k. Viceadmirals Baron Dahlerup in Betreff der Marine haben, wie man vernimmt, die Genehmigung der Regierung erhalten. Unter andern soll der Bau zweier Fregatten, einer Corvette und eines Dampfers von 120 Pferdekraft unverzüglich in Angriff genommen werden.

Das Ministerium für Handel und öffentliche Bauten geht mit dem Plane um, eine Regulirung des Donaustromes durch die ganze Monarchie vorzunehmen, und gedenkt zunächst in der Nähe der Residenz zum Angriff dieses großartigen Werkes zu schreiten.

In Triest herrscht gegenwärtig ein solcher Mangel an Münze, daß außer den kleinen Zetteln fast gar keine geringe Valuta zu sehen ist. Das Metall scheint rein verschwunden.

— Gestern hielt Hr. v. Würth seine vierte Vorlesung. Nach einer kurzen Recapitulation der bereits früher entwickelten Gegenstände versuchte er das französische mit dem neuen österreichischen Gesetze zu parallelisiren und den Beweis zu führen, daß dem Beschuldigten bei uns ausgiebigere Rechtsmittel als in Frankreich zu Gebote stehen.

München, 8. Februar. In der heutigen Abgeordnetensitzung beantwortete Justizminister v. Kleinschrod eine Anfrage bezüglich der Todesstrafe dahin, daß die Regierung nicht gesonnen sei, dieselbe aufzuheben, wohl aber bei der bevorstehenden Revision der neuen Strafgesetze die Fälle, in welchen auf sie erkannt werden dürfe, neu zu regeln und resp. zu beschränken. In neuester Zeit sei ihr Vollzug nur darum unterblieben, weil nach dem frühern Gesetz die Todesstrafe im Fall eines Indicienbeweises — und nun ist die ganze Beweistheorie gefallen — nicht erkannt werden durfte.

Stuttgart, 6. Febr. Die K. Z. schreibt: Die neue preußische Pairie hat hier in Würtemberg einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht und der Partei, welche für den Anschluß an den engeren Bundesstaat thätig ist, große Verlegenheit bereitet. Wenn etwas im Stande war, diesen Eindruck zu mildern, so dürfte dieses eine Erklärung von Paul Pfizer sein, welche derselbe zu Gunsten der preußischen erblichen Pairie in dem heutigen „Schwäbischen Merkur" veröffentlicht. In dieser Erklärung sagt er namentlich: „So gewiß aber die erbliche Monarchie auf der jetzigen Stufe europäischer Menschheits-Entwickelung noch immer als ein Grundpfeiler staatlicher Ordnung mit Recht betrachtet wird, so gewiß wird dieser Grundpfeiler in seiner Festigkeit gefährdet und erschüttert, sobald das Königthum die einzige im Staate noch übrig bleibende erbliche Würde ist, und von der Verspottung erblicher Gesetzgeber, diesem wohlfeilen Spotte, ist für eine oberflächliche Anschauung nicht mehr weit zur Verspottung des erblichen Staats-Oberhauptes."

Vom Bodensee, 2. Februar. (A. A. Z.) Vorgestern stattete der preußische General v. Cölln mit einem Gefolge von zwölf preußischen Offizieren von Konstanz aus, mittels des Dampfschiffs, der Stadt Bregenz einen Besuch ab. Der Commandant des österreichischen Observations-Corps, Feldmarschall-Lieutenant v. Legeditsch, bewirthete die nordischen Gäste bei einem Festmahle, wobei Toaste auf die beiderseitigen Herrscher und die bleibende Eintracht zwischen Oesterreich und Preußen ausgebracht und mit Begeisterung aufgenommen wurden. Abends versammelte der Corps-Commandant zu Ehren der Gäste eine zahlreiche Gesellschaft, wobei das Offizier-Corps aus der ganzen Gegend zusammenkam und die Mannigfaltigkeit der Uniformen einen glänzenden Anblick gewährte. Gestern früh kehrten die Gäste, deren Anwesenheit in den Herzen Aller, die sich ihnen näherten, eine freundliche Erinnerung hinterlassen hat, auf dem Dampfboote wieder nach Konstanz zurück.

△ **Frankfurt a. M.**, den 9. Februar. (Gesetzgebende Versammlung. Elementarisches. u. s. w.) Die gestrige Sitzung der gesetzgebenden Versammlung eröffnete deren Präsident, Senator D. Kloß, um halb 5 Uhr. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung werden die beiden noch unbeeidigten Mitglieder Dr. Sucho und Bohrer beeidigt. Dr. Souchay verliest drei Senatsvorträge, Nachbewilligungen für unvorhergesehene Ausgaben, Polizeibedürfnisse und Unterstützung betreffend, nebst Gesetz-Entwurf Alimentlose betreffend, welche Vorträge den betreffenden Commissionen überwiesen werden. Hierauf beantragt das Mitglied Ph. Donner den Beitritt der Stadt Frankfurt zu dem Bündniß vom 26. Mai 1849 und fügt einige Worte zur Begründung dieses Antrages hinzu. Nachdem die Doctoren Mappes, Souchay, Binding, Varrentrapp, Goldschmidt und die Herren Quilling und Reifenstein für und gegen sofortige Berathung, resp. Verweisung an eine Commission, sich ausgesprochen haben, stimmt die Versammlung dem Antrage des Präsidenten bei, demzufolge die Berathung dieses wichtigen Gegenstandes auf die nächste Tagesordnung gesetzt wird. — J. J. Nortz stellt sodann den Antrag, hohen Senat zu ersuchen, Alles aufzubieten zur gänzlichen Beseitigung der die Bürger- und Einwohnerschaft immer noch drückenden Einquartierungslast. de Bary verliest einen ähnlichen concreteren Antrag. Syndicus Dr. Harnier versichert, daß Seitens des Senats nichts versäumt werde, um Abhilfe baldigst zu erlangen, unterstützt übrigens, wie auch einige Andere, diese Anträge, welche denn auch angenommen werden. Zuletzt folgt der Bericht des Ausschusses über die Geschäftsordnung, welche verlesen, berathen, resp. verbessert und angenommen wird. Zum Schlusse befragt J. J. Nortz die betreffende Commission, wie weit deren Beschlüsse über Reorganisation der Bürgerwehr gediehen seien? Zu allgemeiner Heiterkeit erfährt aber das geehrte Mitglied, daß eine solche Commission gar nicht besteht, sondern vor Zeiten bei der aufgelösten Constituante einmal bestanden hat. Der Fragesteller behält sich darum einen desfallsigen Antrag für eine der nächsten Sitzungen vor. Schluß der Sitzung um 7 Uhr Abends.

Gestern Nachmittag soll ein unbekannter junger Mann seinem Leben ein gewaltsames Ende gemacht haben, indem er sich unweit der Stadt durch den ankommenden Zug auf der Main-Neckarbahn habe zermalmen lassen.

Der Main, dieser ungebetene Besucher, hat nun Gottlob die Stadt wieder verlassen und steht schon wieder mit einem Fuße in seinem Bette; aber ein Theil seines Gefolges unreinsten Wassers hat sich noch hie und da in Häusern und Kellern versteckt und muß mit Gewalt vertrieben werden. — Für die Angehörigen der Verunglückten und die Beschädigten in Folge der Ueberschwemmung von Bacharach und Umgegend werden hier Sammlungen veranstaltet. — Vorgestern Abend um halb 5 Uhr ward es hier plötzlich finster und wir hatten das seltene Schauspiel eines Wintergewitters mit Blitz und Donner bei heftigem Schneefall.

Es hat sich eine Zeitungsfehde zwischen dem Würtembergischen Staats-Anzeiger und der Ober-Post-Amts-Zeitung entsponnen. Letztere fährt gestern das Würtembergische Blatt hart an, wegen der Verunglimpfungen Preußens, welche dies Blatt in seinen Spalten duldet.

△ **Frankfurt a. M.**, den 10. Februar. [Eine Hochzeit.] Heute Mittag um 12 Uhr fand im hiesigen Dom die feierliche Trauung des königl. hannoverschen Bevollmächtigten, Legationsraths Detmold mit Fräulein von Guaita statt. Die Braut ist eine Tochter des früheren Bürgermeisters Schöffer von Guaita und eine Niece Bettina's von Arnim, mithin Cousine des frühern königl. preußischen Staatsministers von Savigny. Des Bräutigams ehemaliger College aus der Paulskirche und jetziger katholischer Stadtpfarrer, Domcapitular Beda Weber segnete das Paar ein. Als Zeugen wohnten der feierlichen Handlung bei mehrere befreundete Familien aus der Elite des hiesigen Handelsstandes. Von diplomatischen Persönlichkeiten war nur zu bemerken der mit der Braut nahe verwandte Exminister von Blittersdorf. Neugierige Zuschauer waren nur wenige zugegen, unter diesen aber Fräulein v. Peucker, des Generals Tochter; und so war denn doch einigermaßen die Diplomatie repräsentirt.

Weimar, den 8. Februar. (M. C.) In Weimar wird den 10. der Landtag aufgelöst. Er beschließt sein Werk rühmlich mit einem radikalen Schulgesetz. —

Aus den sächsischen Herzogthümern, 6. Februar. Nachrichten aus Erfurt zufolge bemerkt man dort schon eine ungemeine Rührigkeit im Verkehrsleben. Von allen Seiten kommen Agenten an, welche Geschäftsverbindungen während der Reichssession ankündigen. Selbst Schweizer und Italiener melden sich mit Conditoreien und Südfrüchten, ja die Insel Helgoland kündigt die Geschäftsverbindung mit den Erzeugnissen ihres Meeres an. Auch haben sich bereits lithographirte Correspondenz-Büreaus eröffnet, und eine demokratische Correspondenz erwartet man noch von Frankfurt a. M. — In Koburg ist vorgestern Karl Neubert, welcher in Abwesenheit des im Juli v. J. verhafteten Volksführers Feodor Streit die Neue Deutsche Dorfzeitung redigirte, wegen Beleidigung der Amtsehre des Ministerial-Raths Braun, des damaligen Untersuchungsrichters in der Streit'schen Sache, zu sechs Monaten Gefängniß und Tragung der Prozeßkosten verurtheilt worden. (D. A. Z.)

Schwerin, den 8. Febr. Das Schwerinsche Staatsministerium hat in Folge des Versprechens, Alles was sich auf die mecklenburgische Verfassungsangelegenheit beziehe, der Oeffentlichkeit zu übergeben, der hiesigen Stillerschen Hofbuchhandlung in Commission übertragen: Klage und Vernehmlassung in dem bei hohen Bundesschiedsgerichte zu Erfurt anhängigen Rechtsstreite der Großherzoglich Mecklenburg-Strelitzschen Regierung, Klägerin, wider die Großherzoglich Mecklenburg-Schwerinsche Regierung, Beklagte, wegen zu gewährender Mitwirkung zur Umgestaltung der mecklenburgischen Verfassung (13 Bogen. 4).

Rostock, den 1. Februar. (R. Ztg.). Auf die vom hiesigen Freihandels-Verein an das Gesammt-Ministerium in Betreff des Zollvereins eingegangene Eingabe ist folgende Antwort erlassen worden:

So bestimmt das Ministerium sich auch verpflichtet erachtet, bei den aus dem Bündnisse vom 26. Mai v. J. resultirenden weiteren Verhandlungen über Erreichung des deutschen Bundesstaats auch die kommerziellen Interessen Mecklenburgs nach äußersten Kräften zu wahren, so vermag es doch weder die in dem Vortrage vom 18. d. M. ausgesprochene Besorgniß, daß durch die Beschlüsse des nach Erfurt zu berufenden Reichstags Mecklenburg, wider Willen und Interesse, zum Anschluß an den preußischen Zollverein genöthigt werden möchte, zu theilen, noch auch, wäre die Besorgniß vor einer den diesseitigen kommerziellen Interessen nicht zusagenden allgemeinen deutschen Zolleinigung dennoch begründet, in diesseitiger Nichttheilnahme an dem Reichstage das geeignete Mittel zu erkennen, einer solchen Gefahr entgegenzuwirken. Mecklenburg steht in dem Bündnisse vom 26. Mai v. J. und befindet sich, was die Konsequenzen betrifft, die möglicherweise in Bezug auf die künftige Gestaltung der Zollverhältnisse daraus hervorgehen können, in völlig gleicher Lage mit allen übrigen norddeutschen Staaten, Hannover nicht ausgenommen, welche, obwohl dem preußischen Zollvereine nicht angehörig und damit auch nicht sympathisirend, jenem Bündniß ebenfalls beigetreten sind; die Nichttheilnahme des einzelnen Staats an den Reichstags-Verhandlungen würde hierin nichts ändern, wohl aber mehr oder weniger den heilsamen Zweck des Bündnisses beeinträchtigen, den das unterzeichnete Ministerium treu und beharrlich zu verfolgen dem engern wie dem weiteren Vaterlande schuldig zu sein glaubt. Schwerin, den 25. Januar 1850. Großherzoglich mecklenburgisches Gesammtministerium. L. v. Lützow. v. Liebeherr. Meyer.

Altona, 7. Februar. Heute Morgen 2 Uhr wurden circa 750 Mann Rekruten des k. preuß. 7. Infanterie-Regiments von Altona nach Rendsburg per Eisenbahn transportirt. Ein ähnlicher Transport Ersatzmannschaften des 12. Infanterie-Regiments wird nächstens nachfolgen, wogegen wieder die entsprechende Anzahl der zur Entlassung kommenden Reserven beider Regimenter von Rendsburg nach Altona retour werden befördert werden. (N. f. P.)

Lübeck, den 8. Febr. Hr. Heinrich Behrens in Travemünde hat die Wahl als Abgeordneter zum Volkshause nach Erfurt abgelehnt. Eine Neuwahl ist auf den 18. d. anberaumt. (Lüb. Ztg.)

Ausland.

Was ist nun die erste Aufgabe des Prinzen Bonaparte, wenn er die Revolution bis zur Vernichtung bekämpfen will? Man könnte sagen, seine erste Pflicht sei, die Präsidentenstelle niederzulegen, und allerdings ist es kaum abzusehen, wie er die Revolution erfolgreich bestreiten will, so lange er an der Spitze der Revolution steht, so lange er keine andern Waffen trägt als das Schwert, damit ihn die Revolution gegürtet, als die Sporen, die er sich zu Straßburg und Boulogne verdient. Darum glauben wir, wär's vielleicht des Prinzen erste Pflicht, sich zu entkleiden der Waffen der Revolution und ihrer Ehren, aber es ist nicht Jeder ein Monk und ist auch nicht jeder Monk berufen zum Herzogthum von Albemarle!

Die auswärtigen Posten gehen in diesem Winter so unregelmäßig ein, daß wir fast immer um 24 Stunden im Rückstand sind.

Frankreich.

** **Paris**, den 7. Febr. Gesetzgebende Versammlung. Vorsitzender Dupin. Der Präsident bringt den einstimmigen Vorschlag der Commission, die Mandate der von dem hohen Nationalgerichtshof zu Versailles verurtheilten Mitglieder der Versammlung für erloschen zu erklären, zur Abstimmung: Michel (v. Bourges): Ich bitte um's Wort! (große Aufregung.) Der Präsident: Sie haben das Wort! Michel: Bürger Repräsentanten! die Tagesordnung ruft uns zur Absetzung unserer Collegen, die durch ein richterliches Urtheil betroffen. Ich habe hier eine traurige Pflicht zu erfüllen, ich protestire von dieser Tribüne herab gegen die Ungerechtigkeit des Versailler Spruches! (tobendes Lärmen auf der Rechten) Zahlreiche Stimmen: Zur Ordnung! zur Ordnung! der Präsident: Nach der Constitution ist die Rechtspflege unabhängig und namentlich hier sollte kein Beispiel ungestrafter Auflehnung gegen ihren Spruch gegeben werden. Mehrere Stimmen: Rufen Sie den Redner zur Ordnung! zur Ordnung! der Präsident: Ich rufe den Redner nicht zur Ordnung, aber ich warne ihn. Michel: Ich protestire, ich protestire! der Präsident: Ich rufe den Redner zur Ordnung (Ungeheures Geschrei) und werde denselben in das Protokoll eintragen lassen. Michel (sich nach dem Präsidenten umdrehend): Sie verlangten, daß mein Name niedergeschrieben werde auf die Blätter des Protokolles, ich aber verlange, daß Ihr Name und der meinige eingeschrieben werde in den Blättern der Geschichte, die Nachwelt wird uns richten. (Die Linke erhebt sich und ruft: vive la république! die Rechte erhebt sich dagegen und ruft: die Censur! die Censur!) Der Präsident: wer für die Censur stimmt, wolle sich erheben. Die Rechte erhebt sich. Die Linke sich zur Gegenprobe erhebend dreimal: vive la république! der Redner bleibt auf der Tribüne trotz der ausgesprochenen Censur: Michel: ich protestire! der Berg: vive la république! die Rechte: herunter! herunter! der Präsident: ich werde mich bedanken und die Sitzung aufheben. Unter dem brausenden vive la république! der Montagne verläßt Michel die Tribüne und bleibt vor der Ministerbank stehen: ich wiederhole, die Verurtheilung ist ungerecht! der Lärm läßt etwas nach und die Absetzung der verurtheilten Abgeordneten wird mit ungeheurer Majorität ausgesprochen. Pascal Duprat: ich protestire! der Berg: vive la république! der Präsident: Sie müssen sich beugen vor dem Richterspruch! Gaston Dussoubs: das Volk wird diesen Richterspruch vernichten. Chauffour: Marschall Ney wurde auf Kraft eines Urtheils gemordet! großes Lärmen. Der zweite Gegenstand der Tagesordnung sind Piscatorys Interpellationen über den Stand der griechischen Angelegenheiten. Eine lange Rede, mehr als erschöpfend, wenn auch nicht in Bezug auf den Gegenstand, so doch in Bezug auf die Hörer. Der Minister des Auswärtigen antwortet, der tapfre General Lahitte ist kein besonderer Redner, aber man erfährt von ihm doch offiziell, daß England die französische Mediation in der griechischen Frage angenommen, daß Lord Palmerston dem Admiral Parker und Herrn Wyse sofort Befehl gegeben, alle Zwangsmaßregeln einzustellen, daß die betreffenden Depeschen gestern Abend durch Paris gegangen sind, und der General Lahitte jetzt nicht mehr sagen dürfe, da die Vermittlerrolle gerade Frankreich das unbrüchlichste Schweigen zum Gesetz mache. Obgleich Herr von Lagrenée noch sprechen wollte, so erklärte sich die Majorität doch für befriedigt und ging zur Tagesordnung über. Zuletzt wurde noch ein Credit zur Anlegung von neuen Telegraphenlinien genehmigt.

Man erzählt sich heute Emile Girardin habe die Presse für eine colossale Summe an einen legitimistischen Edelmann verkauft.

Die Marquise von Hertford, Mutter des Lord Seymour, in deren Hotel der neue parlamentarische Verein tagte, hat diese ihren politischen Gästen plötzlich die Gastfreundschaft gekündigt. Man ist über diese britische Laune sehr böse.

Die Seine steigt noch immer, bald wird sie den Stand von 1751 erreicht haben und mit bangem Entsetzen fürchtet man eine Wiederkehr der entsetzlichen Unglücksfälle von damals. Der Constitutionnel erschient heute erst Mittags, weil die Seine das Redactionslokal überschwemmt hatte.

Nach dem Constitutionnel wäre die Schweizer Frage schon entschieden. Er äußert: „Die schweizerische Regierung hat, wie wir voraussahen, die Gerechtigkeit der von den Mächten in Bezug auf die Flüchtlinge an sie gerichteten Begehren anerkannt. Sie wird diejenigen, deren Verhalten von der Art ist, daß es bezüglich der Ruhe in den Nachbarstaaten Besorgnisse erweckt, aus ihrem Gebiet entfernen. Mazzini soll auf Befehl der Bundesregierung die Schweiz verlassen. Alle Maaßregeln sind für seine Reise durch Frankreich nach England getroffen.

Ein Circular des Polizei-Präfekten fordert heute die Polizei-Kommissäre von Paris und der Banlieue auf, in ihren respektiven Stadttheilen ihre Aufmerksamkeit auf die Schaufenster der Bilderhandlungen zu wenden, um daselbst die obscönen Bilder beseitigen zu lassen und eben so um aus Buchhandlungen die Bücher schmuzzigen Inhalts wegzunehmen. Er verlangt auch, ihm hierüber einen genauen Bericht einzuschicken.

Ein Duell zwischen den Repräsentanten de Laborde und Richardet wurde heute beschlossen. Der Erstere hat die Herren Miot und Burgard, der Letztere die Herren von Coislin und von Surville zu Sekundanten.

Die letzten Nachrichten in Bezug auf die Wahlen im Charente-Departement lassen keinen Zweifel mehr über den Sieg des Herrn Edgar Ney. Unter 328 Wahlbezirken war die Zahl der Votirenden 77,933, wovon 55,458 dem Adjutanten des Präsidenten der Republik und 22,475 dem Kandidaten der Opposition zu Theil wurden.

† **Paris**, 5. Febr. [Stellung des Präsidenten und Frankreichs zur Schweiz.] Sowohl der Dix-Décembre wie der Napoléon gefallen sich in allerlei Anspielungen auf die Dankbarkeit des Präsidenten der Republik gegen die Schweiz und möchten dem Publikum glauben machen, Louis Bonaparte werde gewaltsame Maßregeln gegen ein Land, das ihm Schutz gewährte, nicht zugeben. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß diesem Gerede kein Werth beizulegen ist. Daß die französische Regierung sich so lange wie möglich jeder thätigen Theilnahme an einer Einmischung in die Angelegenheiten der Schweiz enthalten wird, ist gewiß, nicht weniger gewiß ist es aber, daß sie nicht im Entferntesten daran denkt, für die Schweiz gegen die deutschen Großmächte in die Schranken zu treten. Sie wird, wenn es zum Aeußersten kommen sollte, ein Beobachtungscorps an der Grenze aufstellen und die preußischen und österreichischen Truppen gewähren lassen, sich im Stillen darüber freuend, daß dem Wühlen der Flüchtlinge ohne ihr Zuthun ein Ende gemacht wird.

Was den Präsidenten der Republik selber betrifft, so wiederhole ich das früher schon Gesagte. Er verdient den Verdacht nicht, daß er die Ruhe und das Interesse des Staates persönlichen Gefühlen zum Opfer bringen wolle, und er wird es um so weniger wollen, als er bei der Majorität den entschiedensten Widerstand finden würde. Auch hat der ehemalige Insurgent von Forli durch die römische Expedition zur Genüge bewiesen, daß er von den Verirrungen seiner Jugend zurückgekommen ist.

Wenn man übrigens hier mit der von den deutschen Großmächten kundgegebenen Absicht, dem Unwesen in der Schweiz durch eine energische That ein Ziel zu setzen, durchaus sympathisirt, so hat man dennoch die Hoffnung nicht aufgegeben, daß die Schweizer Centralregierung der Gewalt der Verhältnisse Rechnung tragen und durch ein kräftiges Auftreten gegen die Flüchtlinge und die radikalen Cantone die Intervention des Auslandes unnöthig machen werde. Privatbriefe bestärken uns in dieser Hoffnung. So heißt es in einem Schreiben aus Bern: Ueberzeugt davon, daß sie die Invasion der Schweiz nur dadurch verhindern kann, daß sie selber thut, was die Großmächte zu thun entschlossen sind, hat die Centralgewalt bereits angefangen, die nöthigen Anstalten zu treffen,

Berliner Zuschauer.

Berlin, den 11. Februar 1850.

— † Gestern Abend fand beim Grafen Waldenburg (Große Friedrichsstraße Nr. 102) ein großes Souper und Ball statt, zu dem viele Einladungen ergangen waren.

Um 9½ Uhr beehrten Se. Majestät der König das Fest mit Allerhöchstihrem Besuch. Auch Ihre Königl. Hoheiten der Prinz und die Prinzessin Carl, die Prinzessin Charlotte und Ihre Excellenzen der Graf Brandenburg und General v. Wrangel waren erschienen. Der Ball dauerte bis Morgens 3 Uhr.

— Ang. Fremde: Wombwell, engl. Gesandtschaftsattaché aus London; Wunder, Director der vereinigten Theater aus Hamburg; Tauck, kön. sard. Konsul und Bank-Director aus Riga; Paul, franz. Konsul und Kabinets-Kurier aus Paris; Graf de Berthier aus Paris; Se. Excellz. der General der Kavallerie a. D. von Brauchitsch aus Spiegelberg. (British Hotel.) Dr. Baßlemann, Bürgermeister und Bevollmächtigter aus Kiel; Freiherr v. Both, großherz. mecklenb. schwerinsch. Gen.-Lieut. aus Schwerin; Lorentzen, Dr. jur. aus Kiel; v. Stechow, Major im Garde du Corps-Regiment aus Kotzen; v. Sydow, Oberstlieutenant und Kommandeur des 1. Küras.-Regmts. aus Breslau. (Hotel des Princes.) Busse, Bevollmächtigter der Leipzig-Dresdner Eisenbahn-Comp. aus Leipzig; Kragh, k. dän. Kurier aus Hamburg.

— † Durch einen halboffiziellen Artikel der heutigen Deutschen Reform erfahren wir etwas ganz Neues, nämlich, daß Herr Professor Keller seither Haupt-Redacteur dieser Zeitung gewesen ist. Es ging zwar längst ein dunkles Gemunkel im Publikum, daß dem so sei — indeß wir konnten es mit unserer einfältigen constitutionellen Ueberzeugung nicht vereinbaren, daß wir Herrn Keller nicht auf den Blättern der Deutschen Reform als verantwortlicher Chef-Redacteur genannt sahen, indem doch sonst dergleichen üblich — und so viel wir wissen, gesetzlich bestimmt ist! — Der erwähnte Artikel benachrichtigt die Welt zugleich, daß Herr Professor Keller durch seine Redethätigkeit in der Kammer verhindert worden sei, während der Debatte über die Kön. Botschaft für das Ministerium auch zu schreiben, und daß er, nachdem ihn die Annahme des für Erfurt ihm angetragenen Mandats außer Stand gesetzt hat, die Hauptredaction dieses Blattes fortzuführen, jetzt aus dem bisherigen Verhältniß zur Deutschen Reform gänzlich ausgeschieden sei.

Das ändert natürlich im Thatbestande nichts, und das geheime oberhofbuchdruckerliche Organ fährt nach wie vor fort, das Publicum über seine verantwortliche Redation als Nußknacker zu betrachten.

— Für den Verkehr ist der Besuch der öffentlichen Schaustellungen gewöhnlich ein sehr richtiges Kennzeichen, und nach dieser Norm scheint der Verkehr in Berlin wieder sehr zu floriren. Außer den Theatern, die gewöhnlich sehr gefüllt sind, werden auch der Cirkus des Herrn Renz und die Vorstellungen der Herren Rappo und Becker fortwährend von einem sehr zahlreichen Publikum besucht.

Die Leistungen in dem Renz'schen Cirkus sind in der That vortrefflich und oft Staunen erregend. Die Pferde sind ausgezeichnet dressirt und von reicher und sehr hübscher Auswahl. Unter den Damen ist es namentlich Mlle. Mathilde, welche durch Eleganz und Kühnheit das Publikum fesselt. Stürmischer Beifall begleitet stets ihr Auftreten.

Die Elephanten, welche zu dem Cirkus gehören und später in den Schaustellungen mitwirken, vor der Hand aber in einem Lokal an der Spittelbrücke ausgestellt sind, zeigen eine wahrhaft überraschende Dressur. Das Weibchen, — 5 Jahr alt — nimmt auf den Befehl seines Cornacks die verschiedensten Stellungen an, legt sich auf den Boden, stellt sich mit den Vorderfüßen auf einen Stuhl oder auf die Barriere, balancirt auf 2 Füßen u. s. w. Kunststückchen, die bei dem plumpen Thier eigenthümlich aussehen.

Die Herren Rappo und Professor Becker geben in ihrem Lokal in der Leipziger Straße gleichfalls sehr anziehende Vorstellungen. Die Gesellschaft des Herrn Rappo leistet im Gebiet der Gymnastik, Athletik und Akrobatik das Ueberraschendste, die Kostüme sind glänzend und die Arrangements präcise. Die magischen und physikalischen Experimente des Herrn Professor Becker sind renommirt und das Publikum amüsirt sich an den vielen komischen Verwandlungen.

— Wie die Urwähler-Zeitung sich zu helfen weiß, wenn sie in ihrem edlen Eifer leitende Raisonnements an Wahrheiten geknüpft hat, die sich nachher als Lügen herausstellen, davon giebt Folgendes eine Probe. In Nr. 31., am 6. Februar, hatte die Urwähler-Ztg. bereits einen Vorschuß auf die erhofften 101 Kanonenschüsse geleistet und geschrieben:

„Wird man bald lächelnd sagen: Die Verfassung kam unter blinden Schüssen an's Tageslicht? Oder wird man sie in tiefer Trauer die octroyirte Kanonen-Verfassung nennen?"

Aber das eigentlich Schlagende von diesem Reform-Juden-Witze, die 101 Kanonenschläge, erfolgten zufällig nicht (auch die von der Urwähler-Zeitung in demselben Blatte mit fetter Schrift prophezeiten Excesse vermöge des „bewaffneten Junkerthums" trafen beiläufig nicht ein) und den Tag darauf schrieb Urwähler:

„Kanonenschüsse sind bis diesen Augenblick, 7 Uhr Abends (so lange hatte Urwähler gewartet wie ein Narr), nicht gehört worden, und es scheint auch nicht als ob Diejenigen, welche solches Ceremoniell anzuordnen haben, die Beschwörung der Verfassung als ein so freudiges Ereigniß betrachten, um es in dieser Weise zu feiern. Die Kanonen haben an der Wiege dieser Verfassung gestanden, vielleicht werden sie ihr auch das Grabgeläute bringen; als Taufzeugen aber scheint man sie nicht passend zu finden."

Zur Beruhigung des Urwählers können wir demselben auch „aus guter Quelle" mittheilen, daß die 101 Kanonenschüsse muthmaßlich darum nicht abgefeuert worden sind, weil das „bewaffnete Junkerthum" nicht mit Unrecht fürchtet, daß gewisse demokratische Redacteure kein Pulver riechen können, da Graf Montalembert auch in Bezug auf Berlin ein wahres Wort gesprochen, als er damals sagte: „Noch niemals bei einem Aufruhr habe das Blut eines Zeitungsschreibers die Steine gefärbt!" Hoffentlich stürmt Urwähler beim nächsten „Exceß" mit gutem Beispiele voran.

— *„ Tante Voß, die sich auffallender Weise noch immer eine „privilegirte" nennt, als besitze sie ein Privilegium auf „Extrablätter der Freude", wünscht, daß die Kammern bei der Wahl zum Staatenhause in Erfurt sich auf die Gesammtheit der preußischen Monarchie ausdehnen, und sich durch Ausschließung so viel bedeutender Männer außerhalb der Kammern „nicht einer solchen Summe von Intelligenz berauben." — Ob Tante Voß bei dieser „Summe von Intelligenz" nicht etwelche Nullen zu viel angehängt hat? Wir erinnern nur an ihre eigene leitartikelnde 0!

— ☞ Die Pariser Polizei bedient sich eines probaten Mittels, die unter den Volkshaufen sich am meisten hervorthuenden Scandalmacher kenntlich zu machen. Nämlich die Polizeimannschaften bestreichen ihre Hände mit Kreide, wie die Seiltänzer ihre Sohlen, bevor sie auf's Seil gehen, und fahren damit im Gedränge nach allen Seiten, die Umstehenden weiß machend. Hat sich dann die Masse verlaufen, so werden diejenigen, die bei der Polizei an der Kreide stehen, arretirt, damit sie die Zeche bezahlen.

— *„ Von dem General Lamoricière, der bei den in Folge der gefällten Freiheitsbäume entstandenen Tumulten so sehr in's Gedränge gerieth, sagt ein Pariser Witzblatt: „Der General hat zwischen Baum und Borke gesteckt."

— Der Lokalverein für das Wohl der arbeitenden Klassen scheint noch immer nicht von dem wohlüberlegten Plan abzulassen, die hiesigen Darlehnskassen zu centralisiren, um somit die Leitung der ganzen Gelder in eine Hand, das heißt unter den Localverein zu bringen. Zu diesem Ende hat der Verein eine Versammlung der Vorsteher der hiesigen Darlehnskassen veranstaltet, doch haben sich hierbei sehr gewichtige Personen gegen das Project erhoben. Das Publikum, welches hauptsächlich die Darlehnskassen gegründet und unterhält, liebt solche demokratische Centralisationen ganz und gar nicht.

— In Verfolg früherer Artikel erlauben wir uns, Herrn Bloch anzufragen, auf welche Weise wir wohl am leichtesten zur Einsicht gewisser voluminöser Manualaktenstücke aus der Registratur des verstorbenen Justizraths Ludolff de 18²⁰/₄₀ gelangen können?

— † Sgn. Schneitlerini, Wenzelius und Cons. werden — da das Kammersängergeschäft hier zu Ende geht — in wenigen Wochen nach Erfurt übersiedeln und haben bereits am Anger eine Wohnung gemiethet. Da wird es freilich viel zu thun geben. Mehrere Zöglinge der Fraction Milenz werden in derselben Stadtgegend ihren Wohnsitz nehmen.

— † Die Neuesten Nachrichten erzählen: Der Abgeordnete Martini in Köthen hat sogar noch den electrischen Telegraphen überholt. Als auf dem Landtage darüber verhandelt wurde, Preußen die Anlegung der Telegraphen-Linie durch Anhalt zu gestatten, gab auch er sein Ja, fügte aber die Bedingung hinzu, daß Preußen die anhaltischen Briefe und Packete bis zu 10 Pfd. unentgeltlich mit dem Telegraphen besorgen müsse. Ob das wohl auch unserm unvergeßlichen Kiolbassa passirt wäre?

— † Vicepräsident Simson hat für das Königsberger Theater in der Kammer eine glänzende Rede gehalten und jenem Institut den Zuschuß von 2000 Thlr. gerettet. Das Theater bereitet ihm eine Ovation vor und hat als Gegenstand die Scene gewählt, in welcher Hr. Simson selbst mit Erfolg als Mime auftrat, nämlich die Kaiserreise von Frankfurt nach Berlin.

— † Wir bringen so eben in Erfahrung, daß der nicht aufzufindende gewesene Hr. Schramm — Striegau am Sonntag in Cöthen in dem „großen Gasthof neben der Kirche" gesehen worden ist, so wie, daß er einen lebhaften Notenwechsel mit dem schon mehrfach genannten hiesigen Schnorrer S. unterhalten soll.

— † Bei der in unserer Sonntags-Nummer angelegten Berechnung ist Herr Stieber zu kurz gekommen. Der excellente Vertheidiger hat pro Krackrügge nicht „zwei", sondern, wie die Tante Voß oder vielmehr der Herr Gevatter selbst in Nr. 33. berichtet, „drei" Seigerstunden gesprochen. Da Hr. Stieber sich in seiner einleitenden Philippika auf die Weltgeschichte berufen, so beeilen wir uns, jenen error in calculo um so gewissenhafter zu berichtigen, als Hr. Stieber, — dem die neue, auf Naturalleistungen nicht zugeschnittene Sporteltaxe nicht zusagen soll, — gesonnen ist, sich, nach dem muthmaßlichen Siege der Steuerverweigerer, in's Privatleben zurückzuziehen und die Materialien für seinen Biographen zu ordnen.

— † Wir sind recht betrübt, daß es dem Herrn Professor Keller durch sein Erfurt Mandat und höhere Wünsche unmöglich geworden ist, die Redaction der deutschen Reform weiter zu führen. Es wird schwer halten, einen andern Mann von seiner Vorsicht zu finden, auch ist es für den Chef eines ministeriellen Blatts sehr wünschenswerth, von keiner Partei überwiegend geliebt zu werden.

— † Die Augsburger Zeitung hat in Erfahrung gebracht, daß Hr. v. Bismark in Brandenburg nur durch einen Wahlpuff gewählt sei, und erzählt dazu eine Räubergeschichte, die zu einfältig ist, als daß wir dieselbe wiederholen möchten. Nichtsdestoweniger hat es mit dem Wahlpuff seine Richtigkeit, doch werden die Püffe wohl erst in Erfurt ausgetheilt werden.

— Bei dem Vorsitzenden des ersten demokratischen Vereins, Doktor Meyen, ist gestern die angedrohte Execution wegen Nichtablieferung der Mitgliederlisten vollstreckt und sind die früher versiegelten Möbel abgeholt worden.

— † In der gestrigen Verhandlung des Steuerverweigerungsprozesses hat sich Herr Apotheker Reinige zur Bekundung seiner guten Gesinnung einer Verbindung mit der Neuen Preußischen Zeitung gerühmt.

Wir danken für dergleichen Freundschaft.

— † Wir machen auf das Werk eines jungen höchst talentvollen Künstlers aufmerksam, die eben ausgestellte Gyps-Büste Sr. Excellenz des Hrn. General v. Wrangel, von Fr. Freund. Die Büste ist in Lebensgröße und von einer Auffassung, die auf eine sehr glückliche Weise die schwierige Aufgabe löst, das Antike mit dem Modernen zu verbinden. Der Kopf des greisen Helden ist von dem Garde-du-Corps-Helm bedeckt, Hals und Nacken bloß, nur von dem antiken Faltenwurf des Mantels umgeben und gehoben. Der Ausdruck der Züge ist vortrefflich wiedergegeben, und wird namentlich gehoben durch den lebendigen Blick des Auges. Die Ausführung ist höchst sauber und correct und das Kunstwerk dürfte daher den Verehrern des alten würdigen Herrn gewiß ein höchst willkommenes Geschenk sein und bald in keinem Kreise derselben fehlen. Dazu ist der Preis für das Exemplar auffallend billig gestellt — (2⅓ Thlr., im Subscriptionspreis 2 Thlr.), daß der Ankauf auch dem weniger bemittelten Patrioten erleichtert wird.

Der Künstler ist, wie bereits erwähnt, ein noch junger Mann, ein Mannheimer, der beim Ausbruch der badenschen Revolution seine Heimath verließ und hierher übersiedelte, wo ihm noch ein Verwandter lebt, der unter den Kämpfen für König und Vaterland in den Stürmen der letzten Jahre einen der vordersten Plätze einnahm. Die Büsten sind ausgestellt in dem Atelier von Barzanti, Nr. 51 unter den Linden, und in der Wohnung des Autors, Marienstraße 1 E.

*„ Theater. Im Cirque Olympique zu Paris spielt schon wieder ein Spektakelstück: „Bonaparte", in 5 Akten und 21 Tableaux. Die erste Aufführung desselben gab zu einem komischen Nachspiele Anlaß. Als nach

um gegen die radikalen Cantone zu handeln, indem sie die Mobilisirung eines Truppencorps befohlen hat. — Es hängt diese Nachricht mit der andern, die ich Ihnen verbürgen kann, zusammen, daß die französische Regierung das schweizerische Central-Gouvernement mit Nachdruck aufgefordert hat, die Drohungen Oesterreichs und Preußens nicht für leere zu halten.

Daß wir nach langer Ruhe einmal wieder einen Krawall gehabt haben, werden Sie aus den Pariser Blättern entnehmen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Scandal von den Demagogen provocirt wurde, die mit großem Ingrimm bemerkten, daß die Operationen gegen die Freiheitsbäume, ohne Widerstand zu finden, vor sich gingen. Die Geschichte war übrigens, wenigstens im Vergleich zu den früheren Scenen ähnlicher Art, von keiner großen Bedeutung, und es läßt sich mit ziemlicher Gewißheit voraussehen, daß aus derselben Veranlassung die Ruhe nicht mehr gestört werde.

† **Paris**, 8. Februar. [Enthaltsamkeit der Rothen. Der Herzog v. Levis.] Wenn man unsere radikalen Blätter liest, sollte man glauben, die gute Stadt Paris verdanke es lediglich der Mäßigung der Demagogen, daß sie nicht in ein Schlachtfeld verwandelt worden ist, und es sei eine ausgemachte Sache, daß die Chefs der rothen Partei über Krieg und Frieden in letzter Instanz entscheiden. Wie schlimm aber auch unsere Zustände sein mögen, dahin ist es doch noch nicht gekommen, daß jene Herren in souverainer Machtvollkommenheit über die Arbeiterbevölkerung und deren Fäuste verfügen können. Könnten sie es, oder könnten sie es noch, dann würden sie schwerlich der Versuchung in diesen letzten Tagen widerstanden und die Gelegenheit, mit der Regierung eine Lanze zu brechen, unbenutzt gelassen haben. Wir haben sogar eine viel zu gute Meinung von ihrem Muthe, als daß wir annehmen möchten, sie hätten freiwillig und aus purer Liebe zum Frieden auf eine Schilderhebung gegen die infame Reaction verzichtet, wenn eine solche Schilderhebung die kleinsten Chancen gehabt hätte. Ließen sie daher die Ausrottung der Freiheitsbäume ruhig geschehen, ohne selbst eine von den bekannten friedlichen Manifestationen zu deren Gunsten zu versuchen, so sind wir berechtigt, den Grund zu dieser Enthaltsamkeit in ihrer Ueberzeugung zu sehen, daß ein Appell an den „Patriotismus" der Arbeiter kein Gehör finden werde. Freilich warnten die radikalen Journale das Volk vor den Manövern der Polizei und luden es ein, auf solche Provocationen nur durch die Waffe der Wahlen zu antworten; aber weshalb dies erst im letzten Augenblicke und als die Razzia gegen die Freiheitsbäume eine vollbrachte Thatsache war? Ueberrascht wurden die Demagogen gar nicht, sie wußten acht Tage vorher, daß alte verdorrte oder die Circulation hindernde Bäume weggeschafft werden sollten. Wäre es also ihr fester Entschluß, nur von den Wahlen ihren Sieg zu erwarten und auf Gewaltsamkeiten zu verzichten, so hätten sie unmittelbar nach der Verkündigung des Polizeipräfekten das Volk zur Ruhe ermahnen müssen; statt dessen aber suchten sie in perfiden Journalartikeln die Arbeiter aufzuhetzen und als sie sich überzeugt hatten, daß die Mühe vergeblich sei — da beschworen sie das Volk, nicht in die ihm von der Regierung gelegte Falle zu gehen. Mit Einem Worte, die Ereignisse dieser Woche haben das Gute gehabt, daß sie von der Schwäche des Einflusses der Rädelsführer und der geheimen Gesellschaften auf die Bevölkerung der Vorstädte — der Krawall in der Straße Saint-Martin war nichts als ein von einigen begnadigten Juniinsurgenten veranlaßter Pöbelerceß — Zeugniß ablegten. Es ist dies ein Gewinn, den man nicht verrathen darf und den man constituiren muß. Die Demagogen begreifen es sehr gut, daher das nachträgliche Rühmen ihrer Mäßigung, worunter sie ihre moralische Schlappe zu verbergen bemüht sind. Mehrere conservative Blätter, u. a. das Journal des Débats, machen unbegreiflicher Weise der Regierung einen Vorwurf daraus, daß sie die Bäume nicht in aller Stille und auf allen Punkten zu gleicher Zeit umhauen ließ; aber abgesehen davon, daß ein solches verstohlenes Verfahren der Autoritäten unwürdig ist und überall nichts taugt, würde es auch in dem vorliegenden Falle den Demagogen trefflich zu Statten gekommen sein, um den Mißkredit, worin sie bei den Arbeiterklassen gefallen sind, verheimlichen zu können.

Hoffen wir, daß die Regierung nicht auf den ohne Anstrengung errungenen Lorbeeren einschlafen, sondern fortfahren werde, kräftig durchzugreifen wo und wann es Noth thut. Denn trauen darf sie trotz alledem dem Frieden in Paris nicht.

Die hiesigen Correspondenten der Indépendance belge, welche sämmtlich zu derjenigen conservativen Partei gehören, die es nicht begreift, daß sie durch hinterlistige Angriffe auf die Regierung den Socialisten in die Hände arbeitet, stimmen in das Geschrei der Anarchisten über die „Brutalität" der Polizeiagenten ein, finden aber kein Wort des Tadels über die Brutalitäten des Pöbels, welcher nicht weniger als 35 Polizeiagenten blutig schlug.

Herr Proudhon, der selbst im Gefängnisse fortfährt, zur Revolte aufzureizen, befindet sich seit einigen Tagen unter einem strengeren Regime. Er darf keine Besuche, sogar die seiner Frau nicht, empfangen.

Das Journal des Débats hat sich gestern gewaltig verfahren. Seinem System getreu, der Republik von Zeit zu Zeit einen Seitenhieb zu versetzen — was wir gar nicht tadeln würden, wenn es in den ersten Monaten derselben und als es mit Gefahr verknüpft war, sie anzugreifen, nicht mit gar zur großer Vorsicht geschwiegen hätte — benutzt es den Krawall in der Straße Saint-Martin, um über die „Einmischung der Straße in die Regierungsgeschäfte" zu jammern und zu dociren, daß, weil man diese Einmischung einmal erlaubt habe, man sich ihr auch fernerhin unterwerfen müsse. Ganz Recht; aber der Hofcourier Ludwig Philipps sollte sich dieser Bemerkung enthalten, denn nicht im Februar 1848 sondern im Juli 1830 mischte sich die Straße zum ersten Male in die Staatsangelegenheiten, und die Débats haben diese Intervention achtzehn Jahre lang ganz legitim und vortrefflich gefunden. Herr Bertin muß heute nicht blos von den legitimistischen, sondern selbst von den radicalen Blättern unangenehme Dinge hören.

Der Herzog von Levis hat vor acht Tagen seine Salons eröffnet, und alle Legitimisten von politischem Namen hatten sich dort versammelt. Der Herzog repräsentirt den Grafen Chambord. —

Großbritannien.

* **London**, 7. Februar. Die beiden letzten Sitzungen des Parlaments waren ohne besonderes Interesse. Im Hause der Lords zeigte Lord Granville an, daß die Regierung ein Gesetz vorbereite, durch welches eine Controle über das Rechnungswesen der Eisenbahn-Compagnien eingeführt werden wird. In dem Hause der Gemeinen zeigte Sir William Sommerville an, daß er im Namen der Regierung ein Gesetz über die Verhältnisse der irischen Grundherren zu ihren Pächtern vorlegen werde. Auf eine Anfrage von Sir Robert Inglis entgegnete Sir Francis Baring, daß die Regierung allerdings eine neue Expedition auszusenden gedenke, um Sir John Franklin zu suchen. Gestern verwarf das Haus der Gemeinen einen Antrag auf ein Tadelsvotum, den d'Israeli stellte, wegen der Barbareien, die der Commandirende auf Ceylon gegen die Eingebornen dort ausgeübt haben soll. Herr d'Israeli behauptete, die Regierung verzögere die Ankunft der Zeugen geflissentlich. Es sind nämlich eine große Anzahl von Zeugen vor die Untersuchungs-Commission geladen worden.

Gestern hatte eine Deputation von Parlamentsmitgliedern, Schriftstellern und Zeitungsredacteuren Audienz bei dem Schatzkanzler, sie verlangten die Aufhebung des Annoncenzwanges.

Dienstag gab der belgische Gesandte van der Weyer in seinem Hotel eine glänzende Soirée, das diplomatische Corps, der Adel und die schöne Welt London's waren in gleichausgezeichneter Weise vertreten.

In Windsor ist an Stelle des ausgeschiedenen Lord John Hay der Solicitor-General Hatchell in's Haus der Gemeinen gewählt worden.

In der City bildet sich eine Actiengesellschaft, um den Dampfschifffahrtsbetrieb auf den Flüssen im Innern Indiens zu übernehmen. Die Schiffe sollen nach einer neuen Methode des Ingenieur's Bourm erbaut werden und zwar mit ganz flachem Boden, um auch im seichtesten Wasser fahren zu können.

Die Lords der Admiralität haben wirklich bereits Ordre gegeben, daß eine Expedition ausläuft, um Sir John Franklin zu suchen. Die Corvette Eland und der Dampfer Minx sind dazu bestimmt.

Nach der Times hätten die Administratoren des Jockey-Clubbs die von Sr. Hoheit dem Pascha von Aegypten angebotene Wette abgelehnt.

Unter der Ueberschrift: Ein Text für Herrn d'Israeli, bringt Pasquin folgende Frage und Antwort: Welcher Unterschied ist zwischen Sir Robert Walpole und Sir Robert Peel? Der Eine kaufte seine Partei, der Andere verkaufte sie.

Im Jahre 1847 wurden in England und Wales 11,195 jugendliche Verbrecher gefangen gesetzt, im Jahre 1848 11,756. Die zur Strafe Gezogenen waren sämmtlich unter 17 Jahren. In England giebt es 17 Institute, welche jungen Verbrechern nach ihrer Entlassung aus dem Gefängnisse eine temporaire Zufluchtsstätte gewähren.

Der Civil-Ingenieur Thomas Wilkinson, der in Grimsthorpe bei Sheffield wohnt, hat einen Apparat erfunden, durch den aus einer Tonne Steinkohlen (2000 Pfd.) gegen 9000 Kubikfuß Gas gewonnen werden. Der Apparat verlangt nur einen einzigen Arbeiter, und Wilkinson versichert, daß 1000 Kubikfuß Gas nur gegen 2 Shilling zu stehen kämen.

Die Regierung der Kolonieen wird dieses Jahr das Parlament sehr in Anspruch nehmen. Schon sind einige Motionen in dieser Beziehung auf der Liste, und Lord John Russell wird bis nächsten Freitag auch eine solche einbringen. In Australien hat man den Vorschlag gemacht, daß die verschiedenen Niederlassungen eine Föderal-Union mit einander schließen sollen, und die Times gesteht ein, daß wenigstens ein gemeinschaftlicher Zollverein für dieselben nothwendig sei.

In London wurde in Bezug auf den im Juli v. J. von den Engländern an den Küsten von Borneo gegen die Dyaken geführten Vertilgungskrieg eine Versammlung abgehalten. Der Commandeur Sir James Brooke wurde beschuldigt, unter dem vagen Vorwande der Seeräuberei 1500 bis 2000 Dyaken kaltblütig hingeopfert zu haben, und die Versammlung vereinigte sich schließlich zu einer Petition, um das Parlament aufzufordern, die in diesem Kriege verübten Gräuel zu untersuchen und das Blutgeld, welches kopfweise für getödtete Seeräuber bezahlt wird, abzuschaffen.

— Aus einer pariser Privat-Korrespondenz der Times ist zu entnehmen, daß Unterhandlungen im Gange sind, um den alten Streit Englands mit Spanien wegen der Wegsendung des englischen Gesandten Henry Bulwer zu schlichten. Auf den Wunsch der spanischen Regierung hat König Leopold die Vermittler-Rolle übernommen, die bisher noch nicht ganz zum Ziele geführt, indem man sich noch nicht über die Art und Weise der Genugthuung verständigen konnte, welche das spanische Kabinet England bieten soll. Lord Palmerston verlangt nämlich, die spanische Regierung solle eine förmliche Erklärung abgeben, daß sie sich mit der Wegsendung Bulwer's übereilt, und daß sie dabei von irrigen Voraussetzungen ausgegangen, eine Forderung, in welche das spanische Kabinet nicht eingehen will, denn es behauptet nach wie vor, daß Bulwer sich in Partei-Intriguen zum Sturze der Moderados eingelassen, und daß es im Rechte gewesen, als es diesen Diplomaten aus dem Lande wies. Geben die Unterhandlungen Erfolg, so soll Lord Howden als Gesandter wieder nach Madrid gehen.

— In den Officinen der Londoner Zeitungen befinden sich ohne Frage die intelligentesten und geschicktesten Typographen Englands. Manche von ihnen gewinnen wöchentlich 3—4 Pf. St.; im Durchschnitte möchte ihr Salair 2½—3 Pf. St. betragen. Die Arbeit der Schriftsetzer an einem Morgenblatte (Times, Morning Chronicle, Morning Post, Morning Herald, Daily News) beginnt gegen 7—8 Uhr Abends und dauert so lange, bis die Zeitung in die Form, „ins Bett," gebracht, was etwa um 5 Uhr Morgens geschehen ist; zuweilen natürlich, wenn der Telegraph eine neue indische, transatlantische rc. Post angekündigt hat, noch länger. Eine der charakteristischen Fähigkeiten des Londoner Zeitungsschriftsetzers ist die rasche Entzifferung der Manuscripte, selbst der unleserlichsten. Ein halbes Dutzend Spalten eines Berichts z. B. über ein wichtiges Provinzialmeeting von zwei oder drei Stenographen in aller Hast auf ihrer Rückkehr mit einem Specialbahnzug umgeschrieben, diese halbverwischten Blätter entziffern, setzen und corrigiren, Alles in einer Stunde und wenigen Minuten, ist in den Londoner Officinen etwas Gewöhnliches. Vorzugsweise der Fähigkeit der Schriftsetzer hat es das Publikum zu danken, daß ihm alle wichtigen Nachrichten so rasch und correct zur Kenntniß gelangen.

Aus Konstantinopel hatte man in London Nachrichten bis zum 14. Jan., indem das Schraubenschiff „Hellespont" die Hin- und Herfahrt von und nach Liverpool in je 15 Tagen zurückgelegt — wohl die schnellste Fahrt, die je vorgekommen. Neues wird von der türkischen Hauptstadt nicht gemeldet.

Das Chronicle hat eine mit „Anglo-Austriaco" unterzeichnete Zuschrift, welche die neuliche Zeitungsnotiz (namentlich des Globe) von einem österreichischen Mordanschlag auf Kossuth eine schamlose Verleumdung nennt und die Hoffnung ausspricht, daß die österreichische Regierung es unter ihrer Würde halten werde, auch nur darauf zu antworten.

Italien.

Die Mailänder Zeitung vom 4. Febr. erklärt in einem leitenden Artikel, jedoch in ihrem nichtamtlichen Theile, das durch belgische und sardinische Blätter verbreitete Gerücht von Unterhandlungen über Abtretung der Lombardei an Piemont für ein eitles Märchen. (Mittlerweile ist in Turiner Blättern ein anderes Gerücht aufgetaucht, nämlich daß der Herzog von Modena von Oesterreich zum Vicekönig — sie sagen König — von Venedig und Lombardei bestimmt sei.) Mailand wird durch Außenwerke (fortini) stark befestigt, und soeben sind wieder von Mantua zwei große Mörser mit 400 Bomben und 72 Centnern Pulver zur Bewaffnung des Forts an der Porta Tosa eingetroffen.

Schweiz.

B* **Bern**, den 7 Februar. Während eines Krieges, den die (jetzt baier'sche) Reichsstadt Dalen mit einer benachbarten (jetzt würtemberg'schen) Reichsstadt führte, hörte der Schaarwächter der letztern einst des Nachts ein heftiges Pochen am Thore und bekam auf sein „Wer da!" die Antwort: „der Spion von Dalen." Dieser treuherzige Kundschafter ist seither im Reich sprüchwörtlich geworden und steht sein Bild annoch zu sehen über der Thurmuhr, wo er mit jedem Pendelschlag die Augen höchst pfiffig verdreht; aber ein Nachkomme desselben scheint gegenwärtig in Rheinbaiern General-Prokurator zu sein. Die Berner Zeitung nämlich, deren Redakteur zugleich Präsident des souverainen Rathes von Bern und Schwiegersohn des mächtigsten der Flüchtlinge ist, erzählt heute, daß ein gewisser Flüchtling, Ed. Neren mit Namen, sich reuig an die baier'sche Gesandtschaft gewandt, „um sein großes Unrecht in etwas wieder gut zu machen und um sein Vaterland nicht abermals unglücklich zu sehen," und erklärte, „er könne Eröffnungen machen, die den künftig drohenden Sturm zurückhalten werden. Eröffnungen über Personen, die ungefährdet im Vaterlande noch heute, wie früher, ihr Spiel treiben und die ihn mißbraucht, um ihre schändlichen Absichten durchzuführen." Die baier'sche Gesandtschaft, so erzählt die Berner Zeitung weiter, schickte das Schreiben an die Regierung in München und diese übermachte es dem General-Prokurator der baier'schen Rheinprovinz. Letzterer hatte nun den naiven Einfall, das Schreiben dem Untersuchungsamte in Bern zuzustellen, damit dieser den Herrn verhöre und seine Denunciationen protocollire. Wir (der Präsident von Bern oder der Schwiegersohn des W. Snell??) hoffen, im Interesse der Flüchtlinge, wie der Schweiz, daß es mit dem käuflichen Denuncianten „fort" heißt, und erwarten unter allen Umständen, daß keine schweizerische Behörde fremden Regierungen zu solchen politischen Angebereien und Spionirereien die Hand bieten werde. So der baier'sche Moniteur, welcher dann, zur Zeichnung des besagten Individuums, dessen ganzes Schreiben abdruckt. Aber ein feiner Diplomat war es jedenfalls, der es in solche Hände brachte.

Gestern Abend hielten der Bundesrath sowohl als der Regierungsrath von Bern außerordentliche Sitzung. Sehr wahrscheinlich war deren Berathungsgegenstand die combinirte Note Preußens und Oesterreichs, welche vielleicht bereits eingetroffen, jedenfalls aber von den Débats u. s. w. deutlich genug angekündigt ist. Herr Lyon sucht im Publicum die Meinung zu verbreiten, nur der Verwendung Englands habe die Schweiz es zu verdanken, daß nicht schon längst die Preußen angerückt; die Berner Zeitung, welche sonst immer so schlagfertig war, erklärt nun diese Note als leere Drohungen.

Spanien.

— Die Wuth Monumente zu errichten ist auch in Spanien eingerissen: diesmal soll Pelagio, der Held Spaniens gegen die Mauren, an die Reihe kommen.

Dänemark.

P **Kopenhagen**, 2. Febr. [Zustände.] Wie ganz anders ist jetzt Alles, als früher, da Dänemark in seiner kirchlichen wie in der politischen Entwickelung friedlich Hand in Hand mit Preußen ging! Jetzt freut man sich, wenn es in Preußen bedenklich aussieht, und wenn unsere eigenen Verhältnisse sich in einer, der preußischen entgegengesetzten Richtung entwickeln. Wir haben denn jetzt auch eine Constitution und einen Reichstag, der aber schwerlich so gemäßigt wie die preußischen Kammern sich zeigen wird, indem die agitatorische Land-Demokratie hier in gefahrdrohender Majorität vertreten ist. Doch würde sie wohl, aus rein socialen materiellen Gründen, nicht zur Wiederaufnahme des Krieges thätig sein. Vorläufig hat sie sich durch die Wahl von ihr befreundeten Männern zum Präsidenten (der 2.) und Vicepräsidenten (der 1. Kammer) in ihrer Stellung im Reichstag zu kräftigen gewußt. Dagegen ist unsere Regierung durch die kriegeslustigen Reden in der Kieler Landesversammlung und die enorme Erhöhung des holsteinischen Kriegsbudgets auf 3 Millionen Mrk. für die ersten 3 Monate d. J. aufgeschreckt worden und trifft mit großem Eifer alle zum Krieg und zur kräftigsten Blokade nöthigen Maaßregeln. Hoffen wir jedoch, daß es so weit nicht kommen werde! — Man hat sich hier über die von der Const. Corresp. kürzlich mitgetheilte Finanz- und Steuer-Zusammenstellung verschiedener Staaten wegen ihrer groben Irrthümer sehr geärgert. Die von Ihnen gebrachte Berichtigung kann ich noch mit Folgendem ergänzen. Die Steuerlast in der dänischen Monarchie beträgt nicht 9 a 10 Thlr. pr. a Kopf, sondern wenn man vom Sundzoll, den Intraden v. Lauenburg und Westindien, Postintraden und schlesw. holst. Canal, Renten der Activa, Domanial- und Forstintraden ganz absieht, nach dem Durchschnitt der Jahre 1844, 45—46, im Königreich 4½ Thlr. pr. a Kopf, in den Herzogthümern nur 3 11/40 Thlr. pr. Die Genauigkeit der Zahlen kann ich auf Verlangen hinlänglich beweisen; und es leuchtet hieraus wohl ein, was es mit der ganzen, so viel verschrieenen „Prägravation" der Herzogthümer auf sich gehabt hat.

Schweden.

Stockholm, 16. Januar. Am 20. Dezember, dem Todestage des großen Gustav Adolf, hielt, wie gewöhnlich, die schwedische Akademie ihre feierliche Sitzung in Gegenwart des Königs und der ganzen königlichen Familie. Zum Direktor der Akademie für das nächste Halbjahr ist der Professor Fries gewählt; Kanzler ist der Professor Böttiger. Die Eintrittsrede des Herrn Rydquist, der den Platz des berühmten Berzelius in der Akademie erhalten hat, wurde, weil Herr Rydquist krank war, von Professor Böttiger gelesen. Wie verlautet, soll die Vermählung des Kronprinzen mit der niederländischen Prinzessin Luise im Anfange des Sommers stattfinden. Die drei jüngeren Prinzen brachten den ganzen Herbst in Upsala zu, um ihre Studien fortzusetzen. Der jüngste, Prinz August, wird noch das Frühjahr da zu bringen. Mit dem nächsten Herbst treten wieder unsere Reichsstände zusammen, um über den seit 1847 ruhenden Vorschlag zu einer Veränderung der Repräsentation ihren Beschluß zu fassen. Die Zeitungen thun, was sie können, um alles zu verwirren, alle zu verbittern. Die schlechtesten unter ihnen sind, nebst den Provinzialblättern, die beinahe alle die radicale Farbe tragen, die in Stockholm sonntäglich erscheinenden kleineren Zeitungen. Ihr Inhalt ist so schmutzig, daß man ihn kaum berühren mag; und ihre Angriffe richten sich bis jetzt ungestraft gegen Alles, was die Religion und der Staat Heiliges hat. Und mit Lesen von solchen Dingen läßt man die große ungebildete Bevölkerung der Hauptstadt sich alle Sonntage erbauen! Die große Statue des unsterblichen Tegnér, von unserm geschickten Bildhauer Qvarnström modellirt, wird bald fertig sein. Man hat lange über den Platz, wo sie aufgestellt werden soll, gestritten. Jetzt ist es abgemacht, daß es in Lund geschehen soll, dessen Universität den weltberühmten Dichter lange als Zierde betrachtete, als Professor der griechischen Sprache, bevor er zum Bischof in Werid erhoben ward.

Christiania, im Jan. Am 26. Dezember verschied der Kommandant von Friedrichsstadt, Generalmajor Spörck, im 72. Jahre seines Alters. Wir theilen nach dem „Frederiksstads-Ugeblad" (Friedrichsstadter Wochenblatt) einige Notizen über den Verstorbenen mit: „Johann Henrich Spörck wurde den 15. Juni 1778 zu Kopenhagen geboren und genoß auch da seine erste Erziehung. Theils als Zögling der Königlich dänischen Landkadetten-Akademie, theils, indem er als Kadett zugleich diensthuender Page in der Königlichen Familie war, wurde er für seine künftige militairische Laufbahn und seine übrige vielseitige Amtswirksamkeit gebildet. Siebzehn Jahr alt, wurde er den 11. Dezember 1795 zum Fähnrich ernannt, wurde Seconde-Lieutenant den 25. April 1800, Premierlieutenant den 11. Febr. 1803, Capitain den 10. Juni 1808, Oberst-Lieutenant den 18. Jan. 1819, Oberst den 4. Juli 1823, General-Adjutant in der Armee den 24. Juni 1828, Generalmajor und diensthuender Adjutant Sr. Majestät des Königs den 29. Aug. 1832 und Kommandant von Friedrichsstadt den 10. Juli 1847. Beamter während 54 Jahren, gewann er in den verschiedenen Stellungen und Verhältnissen, zu denen er berufen wurde, eben so als ein treuer, eifriger und tüchtiger Staatsdiener, wie als ein humaner und rechtschaffener Mann, allgemeine Achtung. Er hatte das Glück, sowohl schon in früherer Zeit von Sr. Königlichen Hoheit dem Kronprinzen Karl August, während derselbe als dänischer Prinz Chef des Söndenfjeldschen Infanterie-Regiments war, wie auch später vom hochseligen König Karl Johann und unserem jetzt regierenden König, Sr. Majestät König Oskar, persönlich gekannt, geliebt und geachtet zu sein. Der Name und das Andenken an den Verstorbenen ist genau an das für unser Vaterland so wichtige und denkwürdige Jahr 1808 und 1814 und an die Namen derjenigen geknüpft, welche damals die Gränzen des Landes ehrenvoll wahrten und für dessen heilige Interessen kämpften. Ruhmvoll nahm er an den Feldzügen dieser beiden Jahre Theil und wurde im Jahre 1808 nach der Affaire bei Präftebacken mit dem Danebrogs-Orden für Muth und Gewandtheit im Felde geehrt."

Rußland.

Warschau, 7. Febr. Am Montag langte der Herzog Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin von St. Petersburg hier an und stieg im Palast Belvedere ab; gestern erschien derselbe im Theater.

Griechenland.

Der A. A. Z. wird aus Triest geschrieben: Die englisch-hellenischen Händel scheinen immer bedenklicher sich zu gestalten. Das Postdampfschiff aus der Levante bringt uns die Nachricht, daß Admiral Parker den Piräeus noch ganz roh blokire und bei 70 griechische Handelsschiffe mit Beschlag belegen und theils nach Salamis, theils nach Syra habe schaffen lassen. Auch Salamis ist in Blokadestand, ebenso Syra. Die Franzosen scheinen absichtlich den Kopf zu verstecken. Die ganze Flotte ist nach Moskonisi (Makronisi?) gezogen. Die Blokade der vorzüglichsten Häfen Griechenlands soll so lange dauern, bis die Griechen die Entschädigungen gezahlt und überhaupt den englischen Anforderungen entsprochen haben. Kein griechisches Schiff darf die Häfen Griechenlands verlassen, und der britische Consul Hr. Green hat diesfalls ein eigenes Cirkularschreiben an seine Amtsgenossen gerichtet. Nur die von fremden Kaufleuten gemietheten Transportschiffe sind hievon ausgenommen; aber auch diese keineswegs mehr dann, wenn die Miethe nach dem Erscheinen jenes Cirkularschreibens geschah. Fremde Schiffe unterliegen nicht diesem Verbote. Die griechische Regierung besteht auf der Weigerung der ungerechten Ansinnen. Trikupis wurde mit einer Mission nach Paris betraut. Zavellas, Mamuris und Gardikiotis wurden mit der Aufrechthaltung der Ordnung im Lande beauftragt. Mamuris ist am Bord des k. k. Dampfers Marianna nach Stilis, Zavellas mit der russischen Corvette Calypso nach Nauplia gegangen und Gardikiotis befehligt in Attika und Böotien. Die obigen Schiffe halten den Verkehr zur See offen. Daß die Sache ernst wird, dürfte auch daraus hervorgehen, weil das Dampfschiff uns einen bevollmächtigten Gesandten Griechenlands, Herrn Zographos, brachte, der nach St. Petersburg geht. Ueberhaupt hat dieses Dampfschiff durchaus Hiobsposten gebracht. In Konstantinopel war am 21. eine solche Kälte eingetreten, daß verschiedene Personen erfroren. Bauern fand man neben ihren Lastthieren todt. Der Handel, der bereits angefangen hatte, einigen Aufschwung zu nehmen, liegt neuerdings darnieder, denn das Vertrauen schwindet abermals, und ein Schreiben vom 26. theilt uns mit, daß man den neuen Incidenzfall zwischen England und Griechenland in Stambul als sehr bedenklich betrachtete. Bereits meldet man aus dem Schwarzen Meere von einigen Unglücksfällen, und andere derlei Berichte sind noch zu gewärtigen. In Smyrna war in der Nacht vom 21sten auf den 22sten ein Orkan losgebrochen, der ungeheure Verwüstungen anrichtete. Das Thermometer, welches bei einem neulichen Scirocco + 5 bis 7° R. zeigte, war auf — bis 79° zurückgefallen. Die Leute jammerten ob dieser ungewöhnlichen Heimsuchung. Man wußte in Smyrna schon von Schiffbrüchen. Syra und die übrigen Inseln wären auch von Stürmen hart mitgenommen. Corfu aber erfuhr die ganze Wuth eines schrecklichen Orkans, der am 31. Jan. ausbrach und den Schiffen großen Schaden that.

Berliner Börse.

Den 9. Februar. Wir haben heute einen Zeitraum von 14 Tagen zu besprechen; wir hatten zuletzt die Börse flau und voll Besorgniß über die Entwickelung der Verfassungs-Angelegenheit verlassen. Doch die noch an demselben Abende erfolgte Abstimmung der zweiten Kammer, wodurch nach der Erklärung des Ministeriums die Vorlagen der Königl. Botschaft im Wesentlichen angenommen worden waren, wirkte elektrisch auf unsere Börsenmänner und die neue Woche begann sogleich mit einer neuen Hausse. Wenn auch Zweifel über das Resultat der Debatten der ersten Kammer und über die Beeidigung der Verfassung noch hin und wieder auftauchten und Einzelne noch abhielten, dem Strome zu folgen, so hatte die Steigerung doch im Allgemeinen ansteckend gewirkt und man sah eben so Spekulanten kaufen, als auch die Contremine à tout prix sich decken und als nun endlich durch die Allerhöchste Erklärung in den Kammersitzungen vom 1. d. auch die leisesten Zweifel schwanden, da kamen auch die bis dahin noch zurückgehaltenen Kapitalien der Privaten zur Börse geströmt, um noch schleunigst angelegt zu werden, ehe die neue goldene Aera über das nun endlich wirklich „constitutionelle Preußen" hereinbricht.

Indeß sei es, daß nach dem ersten Rausche der Freude Manche mit weniger vergnügten Sinnen auf das nun mit einer Verfassung beglückte Preußen hinblickten, kurz, die alte Börsenerfahrung machte sich wieder geltend, daß jedes Ereigniß — gut oder schlecht — seine Wirkung nur bis zu seinem Eintreten äußert; bereits am 2. d., wo die Zeitungen dem Lande seine „Verfassung" verkündeten, traten von so vielen Seiten Verkäufer auf, die ihren Gewinn zu realisiren sich beeilten, daß die Course wieder eine retrograde Bewegung machten, und als das Publikum sah, daß die Börse selbst so schnell den Nimbus wieder zerstörte, in den es die nun glücklich vollendete Errungenschaft gehüllt hatte, hielt es ebenfalls mit seinen Käufen wieder an, — da bekanntlich die Privaten nur zu steigenden Coursen kaufen. Unglücklicherweise kamen nun hierzu noch die Bewegungen in Paris, das feindselige Auftreten der Engländer gegen Griechenland und die jetzt endlich angenommene ernstere Haltung Preußen's und Oesterreich's gegen den Heerd aller revolutionairen Wühlereien — die Schweiz, so daß die „constitutionelle Hausse" nur eine sehr kurze Dauer hatte und bald wieder einer sehr fühlbaren „reactionaire Baisse" wich und einzelne Effecten fast wieder ihren früheren Stand einnahmen.

Natürlich trat beim Weichen der Course auch wieder die Contremine von Neuem auf und der dadurch erzeugte Bedarf wird um so eher wieder eine Preiserhöhung herbeiführen, als nicht allein die Pariser Unruhen sich nur als sehr unbedeutend erwiesen, sondern auch die griechische und Schweizer-Frage zuverlässig ihre Erledigung auf diplomatischem Wege finden werden; eine Ansicht, die sich auch bereits in der heutigen besseren Haltung der Börse aussprach.

Von Fonds waren Banktheile am bewegtesten und zwar von 93⅞ a 96¼ a 94¼ a 95, Freiwillige Anleihe stiegen von 106⅞ auf 107½, Staatsschuldscheine notiren 88½ a 89¼ a 88¾ a ⅞, die übrigen inländischen meistens ziemlich ½ % höher, nur Stadtobligationen von 105¼ a 104¾ weichend; von fremden waren alte russ.-engl. Anleihe 110¾ a 111½ a 111, neue 98¾ a 97¾, Schatz-Obligationen 79¾ a 80¾ a ¼, Certificate Lit. A. 94⅛ a ⅓ a ⅙. Badische Loose 18¾ a 19¼ a ⅙, Kurhess. do. 32¾ a 33⅓ a ⅓.

Wechsel waren meist gefragt, doch blieb heute nur Augsburg zum alten Course und Petersburg, nachdem es von 108¼ a ½ a ⅛ gegangen war, zu 108⅛ begehrt, und nur k. Hamburg, das inzwischen ⅛ % höher war, zum früheren Course offerirt; die übrigen Devisen blieben B. u. G. und zwar Amsterdam k. S. ⅛, l. S. ⅙, Hamburg l. S., das ⅙ % gestiegen war, wie London zur alten Notiz, Paris ⅙, Frankfurt 1/10 % höher und Wien ⅙ % niedriger.

Nachstehende Notirungen bezeichnen die erheblichsten Coursschwankungen der Eisenbahn-Actien in den letzten 14 Tagen:

Bergisch-Märkische 44½ a 46 a 44½ a 45.	Magdeb.-Halberstädter 141½ a 141 a 143¾.
Anhalter 90¾ a 94¾ a 93¾ a 94.	Magdeb.-Wittenberger 62½ a 64½ a 63.
Hamburger 97 a 80¾ a ½.	Niederschlesische 84½ a 85½ a 84½ a 85.
Potsdam-Magdeburger 65½ a 68½ a 65½ a 66.	Oberschlesische A. 106¼ a 107 a 106½.
Stettiner 107 a ¾ a 106¾.	do. B. 104¾ a 105½ a 104½.
Köln-Minden 95½ a 96⅝ a 95½ a 96¾.	Rheinische 45 a 47 a 44¾ a 46½.
Krakau-Oberschlesische 74⅓ a 75 a 73 a ½.	Stargard-Posener 84½ a 85½ a 84¾ a ½.
Düsseldorf-Elberfeld 78½ a 79¼ a 78½.	Thüringer 66 a 68½ a 66 a ¼.
Fr.-W.-Nordbahn 43½ a 47¾ a 44¼ a ⅝.	

Auch Prioritäts-Actien folgten im Allgemeinen dieser Bewegung, namentlich:

Hamburger von 100 a 101 a 100½.	Köln-Minden 100½ a 101½.
do. 2. Em. 97 a 98½ a ¼.	do. 5% 103¾ a 104¼.
Potsdam-Magdeburger 4% 83½ a 84½ a ¼.	Niederschlesische 4% 95¾ a ¾.
do. Lit. C. 102 a ½ a ⅝.	do. 5% 104 a ½.
do. Lit. D. 100 a ½ a ⅝.	do. 3. Serie 103 a ½.
Stettiner 104¾ a 105¼.	Rheinische 89 a 90 a 88.
Nordbahn 100 a ¼ a 99¾ a 100.	Thüringer 89½ a 99 a 98¾.

Woll-Berichte.

Hamburg, 8. Februar. Im Laufe dieser Woche war es still im Geschäft. Unsere Vorräthe sind sehr geräumt.

Breslau, 9. Febr. Wir haben in dieser Woche mehrere namhafte Posten poln. Einschuren von 60—63 Rt., sowie mehrere Posten russische Kammwolle in den 50er Thlrn. verkauft. Für Lammwolle bewilligte man 71—80 Rt., für Locken 55 Rt., für Gerber- und Schweißwollen 52—58 Rt., für ungarische Einschuren 45 — 47 Rt. und für Zigaier Wollen 27½ — 28½ Rt. Der Gesammt-Umsatz beläuft sich auf circa 700 Ctr. Neue Zufuhren sind fortwährend im Anzuge.

Literarisches.

Es liegt uns ein Manuscript vor, welches in nächster Zeit im Druck erscheinen wird. Es ist dies eine Selbstbiographie des als Postmeister noch im Königl. Dienste stehenden ehemaligen Premier-Lieutenants Berger, eines alten Veteranen der preußischen Armee, welcher seine militärische Laufbahn als Tambour begonnen, die mannichfachsten Gefahren eines wechselvollen Kriegslebens in Deutschland, Frankreich, England, Rußland und Spanien glücklich überstanden und sich mit seltener Ausdauer zu seiner gegenwärtigen Stellung emporgearbeitet hat. — In einfacher aber correcter Sprache erzählt der Selbstbiograph — ein ächter Patriot — seine fast abenteuerlichen Erlebnisse, welche wir bei der bereits eröffneten Subscription dem lesenden Publikum als eine recht interessante Lectüre empfehlen können.

P.

Inserate.

(Für den folgenden Theil der Zeitung ist die Redaction nicht verantwortlich.)

Einkommensteuer.

Da gegenwärtig der Gesetzentwurf über Einführung einer Einkommensteuer in dem Preußischen Staate zur Berathung in die Kammern kommt, so dürfte es interessant sein, hierüber die Ansicht eines anerkannt sachverständigen Mannes, nämlich des Königl. Sächs. Finanzministers Behr, zu vernehmen, die er laut „Mittheilungen über die Verhandlungen des Landtages, 2te Kammer, vom 20. Januar 1850" Seite 352 u. f., in gedachter Kammer geäußert hat und so lautet:

„Wende ich mich zunächst zu der Ansicht, lieber neue Steuern statt Erhöhung der bestehenden einzuführen, um das außerordentliche oder vielmehr ungewöhnliche Bedürfniß zu decken, so hat es der Regierung geschienen, als ob jede neue Steuer mit einer dreifachen Schwierigkeit zu kämpfen habe. Zunächst ist es ein Gebiet, auf welchem man noch aller Erfahrungen ermangelt, dann haben auch noch keinerlei Ausgleichungen durch die Zeit stattgefunden, und endlich stößt jede neue Steuer auf den Widerwillen der Contribuenten. Ich sage, es haben noch keine Erfahrungen bei Einführung einer neuen Steuer stattgefunden, denn auch der geübteste Staatsmann wird nicht im Stande sein, sofort eine Steuer aufzufinden, welche bei ihrer ersten Durchführung nicht auf unvorhergesehene Schwierigkeiten stieße. Diese Schwierigkeiten werden sich auch nicht in einem Jahre, sondern nur allmählig ausgleichen, und so erst nach und nach die Unebenheiten beseitigt werden, welche bei dem erstmaligen Aufstellen erscheinen. — Der Steuerpflichtige aber ist ebenfalls von der Richtigkeit der Sache noch nicht durchdrungen, er sieht in der neuen Steuer nur einen neuen unerbetenen Gast und faßt ihn prüfend ins Auge, während er der bisherigen Steuer als einem alten, wenn auch unwillkommenen, Bekannten doch die gewohnte Stätte anzuweisen geneigt ist.

---

dem Fallen des Vorhanges der Bonaparte-Spieler nochmals auftrat, um, wie es in Paris Theatersitte ist, die Namen der Verfasser der Neuigkeit zu proclamiren, da begann Bonaparte höflich zum Publikum: „Meine Herren!" Bei diesen reactionären Worten setzt es einen wüthenden Aufstand. „Was, meine Herren!" schreit man dem „Onkel seines Neffen" entgegen. „Sagen Sie: Bürger!" — Der arme Bonaparte stand einen Augenblick ganz bestürzt, wie Napoleon in dem brennenden Moskau. Endlich ermannte sich der große Mann und zog sich durch eine geistreiche Wendung aus der Klemme. „Meine Herren Mitbürger!" rief er, und dieses Zauberwort beruhigte richtig alle Welt, sowohl die Herren, die keine Bürger sind, als die Bürger, die keine Herren sind.

— *** Concert. Es ist nicht blos Referenten-, es ist Menschenpflicht, alle wohlthätigen Kunst- und Menschenfreunde auf ein Concert hinzuweisen, welches Herr Hofmusikhändler Bock am 14. veranstaltet, zum Besten einer armen Weberwittwe, deren Mann schon 1813 und 14 für das Vaterland gekämpft, und deren einziger Sohn vor Rastatt geblieben ist, so daß die arme Mutter jetzt hülflos dasteht, mit einer seit 19 Jahren kranken Tochter, die von dem Ertrage dieses Concertes in ein Hospital eingekauft werden soll. Bedarf es unter diesen selbst zum Herzen sprechenden Umständen noch einer besonderen Appellation an das allgemeine Mitgefühl? — Aber auch von dem künstlerischen Gesichts- oder eigentlich Gehörpunkte aus wird das Concert Anziehendes bieten. Die Direktion des Königsstädtischen Theaters gewährt zwei Stützen ihrer italienischen Oper, Sga. Fiorentini und Sgr. Labocetta, zur Unterstützung dieses Wohlthätigkeits-Concerts; Herr Musik-Director Gungl wirkt an der Spitze seiner ganzen Kapelle mit — kurz, das Programm verkündet eine Anzahl von Magneten, ganz geeignet, die allgemeinste Theilnahme anzuziehen, welche das Concert um seines edlen Zweckes willen verdient.

— Briefkasten. Ueber die Versammlung der Alt-Schöneberger Gemeinde am 7ten Februar. Nach unserm Grundsatz können wir anonyme Mittheilungen nicht berücksichtigen.

Diese Gründe sprechen gegen Einführung jeder neuen Steuer, noch mehrere aber dürften vorzugsweise gegen diejenige Steuer sprechen, welche in neuerer Zeit als ein Ideal der Besteuerung empfohlen worden ist, ich meine die Einkommensteuer, für welche, ich bekenne es offen, auch ich seiner Zeit geschwärmt und nachweislich sogar dafür geschrieben habe, zu einer Zeit, wo ich praktisch noch nicht mit dem Steuerwesen beschäftigt, noch nicht im Stande gewesen war, mich durch Erfahrungen von den großen Schwierigkeiten, welche ihr entgegenstehen, zu überzeugen. Fassen wir zunächst den Begriff der Einkommensteuer näher ins Auge. Es kann überhaupt nur zweierlei Steuern geben, nur Vermögens- oder Einkommensteuern, denn man kann die Steuern nur aus seinem Vermögen oder aus seinem laufenden Einkommen bezahlen. Daß die Vermögenssteuern das gegen sich haben, daß sie nach und nach das Capital selbst aufzehren, bedarf keiner weiteren Erläuterung. Die Einkommensteuern aber, zu denen auch die unsrigen gehören, lassen eine doppelte Modalität zu: entweder — und das ist es, was gewöhnlich unter der eigentlichen Einkommensteuer verstanden wird — geschieht die Feststellung im Voraus, man sagt nämlich zu dem Steuerpflichtigen: Du hast so und so viel Einkommen, und folglich hast Du so und so viel Steuer davon zu geben, oder man benutzt den Weg der Erfahrung und beweist das Quantum theils auf diesem Wege, theils macht man es davon abhängig, in wieweit Jemand von den Einrichtungen und Vortheilen, die der Staat gewährt, Gebrauch macht. Hier kommt es nun, um zu beurtheilen, ob die directe Abschätzung die vorzüglichere sei, doch wohl auf eine nähere Prüfung der Frage an, ob das Einkommen an sich der Grund einer Steuer, oder ob es blos die Bedingung ihrer Möglichkeit sei. Nehmen wir einen Staat an, welcher bereits Mittel genug besitzt, alle seine Bedürfnisse zu befriedigen, wird er berechtigt sein, einen seiner Bürger, und wenn es auch der Reichste wäre, mit Steuern in Anspruch zu nehmen, so lange er deren überhaupt nicht bedarf, blos deshalb, weil jener Bürger reich ist? Werden wir einen Fremden, der sich hier kürzere oder längere Zeit bei uns aufhält, blos deshalb zu allen unsern Abgaben beiziehen, weil er reich ist? Werden wir selbst im Privatleben, wenn ein Aermerer ein Bedürfniß hat, welches ein Anderer nicht theilt, diesen, blos weil er reicher, mit zur Bestreitung desselben herbeiziehen dürfen aus Rechtsgründen, abgesehen von der Billigkeit? Es scheint also doch wohl, daß das Einkommen mehr nur Bedingung als der Grund der Steuer sei, und als ob der Grund der Steuer in der Theilnahme an den Instituten des Staates und deren Benutzung liege. Hieraus erklärt sich, warum auch die Einkommensteuer in mehrfacher Beziehung als eine ungerechte erscheint, eine ungerechte, sowohl in Bezug auf die verschiedenen Gegenden des Landes, als auch in Bezug auf die verschiedenen Personen. So sorgfältig auch die Bedingungen erwogen werden mögen, welche für die Einkommensteuer gegeben werden, so ist es doch schlechterdings unmöglich, daß sie nicht in verschiedenen Theilen des Landes verschieden aufgefaßt und ausgeführt werden. Nicht unglücklich hat man in dieser Beziehung, wie mir scheint, die Einkommensteuer mit einem Concerte verglichen, wozu die Instrumente im ganzen Lande gestimmt würden, die Aufführung dann aber an Einem Orte stattfinde. Aber auch abgesehen von dieser Verschiedenheit der Auffassung, liegt eine Ungleichheit in Bezug auf die verschiedenen Gegenden des Landes darin, daß die Preise der Lebensbedürfnisse und die Werthe der Dinge an verschiedenen Orten verschieden sind und gewiß wird der, welcher in Dresden oder Leipzig dasselbe Einkommen hat, was Jemand bezieht, der in den wohlfeilsten Gegenden des Landes und auf dem Lande lebt, viel härter von der gleichen Einkommensteuer betroffen werden, als der Letztere. Eine weitere Ungerechtigkeit stellt sich dar in Bezug auf die Personen. Es giebt in der That, ohne daß damit irgend ein Vorwurf ausgesprochen sein möchte, viele dem Gewerbsstande angehörige Personen, welchen die klare Auffassung, die scharfe Umsicht fehlt, um mit Bestimmtheit ihr Brutto und Netto angeben zu können. Es giebt aber noch mehrere, welche nicht einmal dazu geneigt sind, und es hat sich in dieser Beziehung die Einkommensteuer öfter dargestellt als eine Besteuerung des Redlichen zu Gunsten des Unredlichen. Aber selbst von der Unfähigkeit und Ungeneigtheit, das wahre Sachverhältniß anzugeben, abgesehen, ist nicht zu verkennen, daß schon die verschiedenen Verhältnisse, in welchen der Eine als Producent, der Andere als Consument lebt, zu Ungleichheiten führen, denn nach diesen Verhältnissen wird er mehr oder weniger in der Lage sein, seine Steuern wieder auf seine eigenen Producte zu schlagen. Je schwieriger es nun hiernach ist, die Einkommensteuer vollkommen gerecht zu bemessen, um so mehr wird sie inquisitorisch und dadurch so zu sagen zudringlicher Natur. Oft in die geheimsten Familienangelegenheiten dringend, wird sie in der Form lästiger, als in der Sache selbst. Sie wird aber um so drückender sein, wenn es sich um eine verhältnißmäßig gleiche Einkommensteuer handelt und zwar vorzugsweise drückend für die ärmere Klasse. Denn, meine Herren, es ist eine vollkommene Illusion, wenn man glaubt, daß ihre Härte vorzugsweise die wohlhabenderen Klassen träfe, selbst wenn diese nach einem höheren Verhältnisse beigezogen werden. Ich werde vielleicht nachher Gelegenheit haben, darauf hinzudeuten, daß der Procentsatz, welcher durchschnittlich von den obern und mittleren Klassen an Steuern entrichtet wird, von den ärmeren Klassen von der gleichen Summe nur zum 4., 6., ja 8. Theile gezahlt wird. Hiernach ist die Einkommensteuer aber auch unpolitisch; sie verscheucht die Wohlhabenden aus dem Lande, sie macht die Aermern unzufrieden und tritt dem Fleiße Beider dadurch entgegen, daß sie mit der Erhöhung ihrer Industrie auch die Erhöhung der Steuern in Aussicht stellt.

Sie wirkt ferner auch demoralisirend. Es wird bei der Einkommensteuer niemals gelingen, durch allgemeine Vorschriften das wahre Verhältniß so zu ermitteln, als es der Einzelne gegenüber dem Einzelnen zu beurtheilen im Stande ist. Der Nachbar wird immer genauer wissen, wie sein Nachbar steht, als es die Staatsbehörde durch allgemeine Vorschriften ermitteln kann; er ist also geneigt, an seinen Beitrag den Maaßstab des Beitrags, welchen der Nachbar giebt, anzulegen. Er wird sich, wenn er sich bei dieser Vergleichung verkürzt fühlt, bei der Behörde darüber beschweren. Die Behörde wird ihm antworten, daß ihm sein Beitrag nach Gesetz und Recht auferlegt worden ist. Er wird aber dennoch fühlen, daß er bei seiner Beschwerde materiell im Recht gewesen ist, und da er sich nicht anders helfen kann, so wird er darnach trachten, der nach seinem Urtheil ungerechten Steuer sich so viel als möglich zu entziehen. Und bei allen diesen Uebelständen ist die Einkommensteuer noch an sich belästigend auch für das Publikum, da ein großer Theil des Publikums bei der Abschätzung selbst mitwirken soll und muß, und in Folge dessen in ein Verhältniß zu seinen Mitbürgern tritt, welches der Unannehmlichkeiten manche mit sich bringt. Und dieses Verhältniß hört gar nicht auf; mit jedem Jahre wird von Neuem abgeschätzt, mit jedem Jahre erscheinen neue Reclamationen. Niemand ist endlich im Stande, sich der Höhe der Steuer irgendwie zu entziehen. Der Steuerpflichtige kann nicht, wie bei den indirecten Abgaben, Ersparungen machen, oder doch nur dann, wenn er bei Mitteln ist, dazu beitragen. Die Einkommensteuer muß er zur bestimmten Zeit im ganzen Betrage bezahlen."

Aus dem Wahlkreise Pyritz-Saatzig den 8. Februar.
Zur Entgegnung der Anfrage in Nr. 31. dies. Ztg.

Wenn Herr v. Wedell-Kremzow gewiß selbst im Stande sein wird seinen Fehler in der Kammer bei Abstimmung der Fidei-Commiß-Frage hinlänglich zu rechtfertigen, so mögen doch auch diese wenigen Worte eine gute Stelle finden.

Herr von Wedell hat seit einem Jahre seine Mission treu und redlich ganz zur Zufriedenheit seiner Wähler erfüllt. Das ihm bei mehreren Wahlen wiederholt und öffentlich ausgesprochene Zutrauen ist noch erhöht und dadurch bewiesen, daß ihm selbst für Erfurt eine bedeutende Stimmenzahl zufiel, und es wäre ein Leichtes gewesen, ihn hier aufs Neue durchzubringen, wenn man nicht die Opfer erwogen, welche er bisher gebracht und daher nicht noch neue verlangen könne. Aber auch von dem allen abgesehen so kann man es sogar für ein Glück halten, daß die Nichtigkeit und Jämmerlichkeit einer Kammer-Abstimmung, abhängig von der zufälligen oder absichtlichen Abwesenheit eines Abgeordneten bei dieser Gelegenheit einmal so recht klar ans Licht getreten, wodurch doch am Ende zu erwarten, daß ein anderer und besserer Abstimmungs-Modus sich Geltung schaffen und auch dadurch eine so wichtige Angelegenheit wie die der Fidei-Commisse als noch nicht definitiv beseitigt, künftiger Berathung anheim bleiben muß.

In so fern wenn auch nur durch Zufälligkeit sind wir selbst bei dieser Gelegenheit Hrn. v. Wedell Dank schuldig.

Ein Nicht-Fidei-Commiß-Besitzer.

Bielefeld, den 7. Februar.

Zu den Ordensverleihungen.

Im allgemeinen Interesse fühlen wir uns berufen, hier ein Factum zu besprechen, das im hiesigen Publicum eine große Entrüstung hervorgerufen hat. Es ist die Verleihung des rothen Adlerordens vierter Klasse an den Rechts-Anwalt, Justizrath Beckhaus. Nach dem gesunden Menschenverstande muß jeder Ordensverleihung ein Verdienst irgend einer Art zum Grunde liegen. Sucht man in dem vorliegenden Falle nach dieser Bedingung, so muß man sich sagen, daß sie dem Dekorirten mangelt, und daß bei dem modernen Grundsatze der Gleichberechtigung der überwiegende Theil der hiesigen Bevölkerung dieselben Ansprüche auf Auszeichnung habe. Wir sind weit entfernt, die uns gleichgültige Persönlichkeit des Dekorirten anzugreifen, als Vaterlandsfreunde aber fühlen wir uns gedrungen, das Verfahren der Behörden zu tadeln, welche ein Individuum zur Ordens-Verleihung vorschlagen, das jedes öffentlichen Verdienstes ermangelt. Unter solchen Verhältnissen ist es erklärlich, daß die loyale Gesinnung und Anhänglichkeit der Westphalen an ihr Fürstenhaus durch derartige Bevorzugungen, welche man in Westphalen mit dem Ausdrucke „Kiekern" bezeichnet, schon vor den Märztagen sehr geschwächt worden, und daß mancher Gutgesinnte als Gegner der Regierung aufgetreten ist. Wer es gut mit dem Vaterlande meint, kann nur wünschen, daß die oberste Staatsbehörde durch die untergebenen Behörden in Stand gesetzt werde, dergleichen Mißgriffe ferner zu vermeiden, welche das Rechtsgefühl des Publicums verletzen. Es ist nicht gewagt, wenn wir die Behauptung aussprechen, daß wir in diesem Artikel der Ansicht der Gutgesinnten hier am Orte den öffentlichen Ausdruck gegeben haben.

Ein gebildeter junger Mann (Beamter) sucht bei einer anständigen Familie, mit der er Umgang pflegen kann, eine geräumige leere Stube, und erbittet Adressen mit näherer Angabe der Bedingungen in der Expedition dieser Zeitung sub ✡ F. A.

Lehrlinge, Söhne ordentlicher Eltern, mit den nöthigen Schulkenntnissen versehen, können sich melden bei

Herrmann Gerson,
Werderschen Markt Nr. 5.

Der Ankauf einer Apotheke

wird von einem reellen Käufer, der eine Anzahlung von 10- bis 15,000 Thlr., nöthigenfalls auch darüber, leisten kann, ohne Einmischung eines Dritten, gesucht. Hierauf Reflektirende wollen das Nähere im Intelligenz-Comtoir zu Berlin unter Adresse U. 156. abgeben.

Ein Kapital von 100,000

Thlrn. ist im Ganzen oder auch getheilt, jedoch nicht unter 10,000 Thlr., auf **Rittergüter** gegen pupillarische Sicherheit zu vergeben. — Adressen unter T. 156. werden im Intelligenz-Comtoir zu Berlin angenommen. Offerten dritter Personen bleiben unberücksichtigt.

Ausverkauf.

In der

Spitzen- und Stickereien-Fabrik

von

J. H. Bluth aus Schneeberg,

Brüder-Straße Nr. 1., nahe am Schloßplatz,

wird, da das Geschäft während der nächsten Sommer-Saison nicht hier bleibt, von jetzt an alle Artikel, Mantillen, Shawls, Barben, Berthen, Kragen, ächte geklöppelte Spitzen in schwarz und weiß, Pelerinen, glatte und gestickte Batisttücher, weiße glatte und gestickte Ballkleider u. s. w. zu den billigsten Preisen ausverkauft.

Die feinste Tafelbutter

der Königlichen Domaine Mose

wird jetzt für 11 Sgr., und eine zweite Sorte für 9 Sgr.

Hausvoigteiplatz Nr. 7. verkauft.

Orthopädie.

Ich empfehle meine Anstalt, Kreuzberg Nr. 2., den an Formfehlern jeglicher Art, besonders auch an

Rückgrats-Verkrümmungen,

Leidenden, welche bekanntlich bei uns mit den glücklichsten Erfolgen behandelt werden, zu deren Heilung aber in den Familien die erforderlichen Hülfs-Elemente mangeln.

Bei eben erst auftauchenden Formverbildungen des Rückgrats, welche am häufigsten auf großer Körperschwäche und gestörter organischer Thätigkeit beruhen, — wie sich dies durch die Bleichsucht, Atrophie, Scrophulosis rc. offenbart, ist es in vielen Fällen zur Herstellung noch nicht durchaus erforderlich, die betreffenden Kinder hier wohnender Eltern dem Kreise ihrer Familie zu entziehen, es sind aber sehr häufig viel ernstere Vorbeugungs-Maßregeln nöthig, als in der That ergriffen werden. Für solche Kinder ist die Einrichtung getroffen, daß sie täglich mehrere Stunden in der Anstalt zubringen und an den heilgymnastischen Uebungen in derselben Theil nehmen können. Sie werden daselbst nicht allein den ärztlichen Bestimmungen, gleich den Pensionairen, unterworfen und überwacht, sondern es wird auch das zu ihrer Genesung nöthige Verhalten in ihrer Häuslichkeit speciell vorgeschrieben.

Minderbegüterte können auf specielles Verwenden ihrer Herren Aerzte, und nach vorangegangener Beibringung einer genauen ärztlichen Relation des früheren Verlaufes ihrer Uebel, unentgeltlich in bestimmten Tagesstunden an der Heilgymnastik Theil nehmen.

So wird die ehrenhafte Aufgabe, welche diese Anstalt sich gestellt hat:
„nicht nur durch Heilung schon vorhandener, sondern auch vorbeugend durch Behinderung angehender, eben im Entstehen begriffener Uebel nützlich zu wirken,"
möglichst erreicht werden.

Das Nähere ist aus dem bei mir zu empfangenden Programm zu ersehen. Berlin, im Februar 1850.

Charlotte Gerike, geb. Wilde.

Eine reiche Auswahl **Papier-Tapeten** empfiehlt zu den billigsten Preisen

C. Gräber, Brüderstraße 38.

Umschlage-Tücher.

Das zweite Lager von

W. Rogge & Comp.

am Schloßplatz

ist jetzt im Besitz seiner (für die beginnende Saison)

neuen Umschlage-Tücher.

Die Muster sind durchgängig sehr reich und geschmackvoll, die Farben rein und voll und die Preise sehr annehmbar.

In weiß, schwarz, grün, gelb, blau rc. rc. rc.
zu 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 14, 16, 18 und 20 Thlr. ist die Auswahl sehr groß.

Vorjährige Muster zu herabgesetzten Preisen.

Eine Herrschaft

von circa 6000 Morgen Areal, ohnweit zweier Eisenbahnen, im besten Kulturzustande und den geordnetsten Verhältnissen, ist zu verkaufen. Anzahlung 40 bis 50,000 Thlr. Bei baldiger Abwickelung des Geschäftes sind die günstigsten Bedingungen im Preise rc. zu erzielen. Auf franco Anfragen Näheres durch

C. G. Liebich,
Breslau, Blücherplatz Nr. 8.

Auffallend billige Herren-Chemisetts.

Von einem Weißwaaren-Fabrikanten, der sein Geschäft einstellt, ist es mir gelungen, dessen sämmtliche Vorräthe von Battist und Cambric fast für die Hälfte des reellen Preises an mich zu bringen. Ich habe von diesen Stoffen in meinen eignen Nähanstalten mehrere große Parthieen Herrenchemisetts, Herrenkragen und Manchetten nach den neuesten Façons anfertigen lassen, welche ich, um einen raschen Absatz zu erzielen, zu nachstehenden billigen Preisen verkaufe, nämlich:

Große Herren-Chemisetts von feinem Cambric, das ½ Dtz. 12½ u. 15 Sgr.
Dergleichen feinere, das ½ Dtz. 22½ Sgr.
Dergleichen noch feinere, die mit einer Vorrichtung versehen sind, das ½ Dtz. 1 Thlr.
Extrafeine Herrenchemisetts vom allerfeinsten festen Cambric, so wie vom feinsten klaren Battist, die wie Oberhemden angefertigt, und ebenfalls mit einer Vorrichtung versehen sind, so daß sie anschließen und nicht aus der Weste hervorkommen können, das ½ Dtz. 1 Thlr. 7½ Sgr. und 1 Thlr. 15 Sgr.
Feine Chemisetts mit Kragen zum Knöpfen in allen Façons, so wie sogenannte Studenten-Chemisetts, das ½ Dtz. 1 Thlr. 15 Sgr.
Herrenkragen in allen beliebigen Façons, das ganze Dtz. 14 und 18 Sgr.
Manchetten, 12 Paar 18 Sgr. u. 20 Sgr., so wie eine Partie von echter Bielefelder Leinen angefertigte Chemisetts und leinene Kragen, ebenfalls zu sehr billigen Preisen.

Da obige Gegenstände sämmtlich von den besten Stoffen sauber und nach den neusten Façons angefertigt sind, so können dieselben nicht weniger als mindestens in halben Dutzenden verkauft werden. Wiederverkäufern Rabatt.

R. Behrens, Kronenstraße Nr. 33.

Aufträge von Außerhalb werden franco erbeten und reell ausgeführt.

Neusilber-Fabrik in Berlin,

die erste seit 1825,

von

Abeking u. Comp.,

Oberwallstr. Nr. 7.,
zwischen der Jäger- und Niederwallstr.,
sonst Jerusalemerstr. Nr. 11.

empfiehlt ihre aus feinstem Neusilber gefertigten Fabrikate zu billigen, aber festen Preisen laut Preislisten, welche unentgeltlich verabreicht werden.

Aechte Schweizer Gardinen

empfing ich von einer Schweizer Fabrik zum schleunigen Verkauf und sind die Preise deshalb sehr niedrig gestellt.

Z. B. abgepaßte gestickte Gardinen, vollständig lang und breit, zu 1⅓ Thlr. das Fenster;
sehr reich gestickte mit doppelter Bordüre, 2 — 12 Thlr. das Fenster;
abgepaßte reich broschirte Gardinen von 1½ Thlr. an.

Auch ist dabei eine kleine Partie sehr schöner Gardinen in Gaze und a jour, welche so schön und billig nicht wieder vorkommen möchten.

Friedrich Puls,
Spittelbrücke 2., zwischen Kirche und Colonnaden.

Der Venetianische Kunst-Bazar,

französische Straße Nr. 48.,

von aus Fensterglas gefertigten tragbaren Putz- und Toilett-Gegenständen, wie Hauben, Aufsätze, Hüte, Busen- und Kopfschleifen rc., ferner von Nipptischsachen aller Art, ist täglich von 11 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends dem Besuche der geehrtesten Gäste eröffnet. Entree 10 Sgr., Kinder 5 Sgr., wofür Jeder noch ein kleines Andenken erhält. Das Nähere die Zettel.

Ludwig v. Krauß,
Glaskünstler aus Venedig.

Die Haupt-Niederlage wirklich ächter
Braunschweiger Wurst
von C. Tödter,

Charlottenstr. 70., zwischen der Leipziger und Krausenstr., empfiehlt ächte Braunschweiger Cervelat-Wurst, Schinkenwurst, Mettwurst, Trüffelwurst, Sardellenwurst, Zungenwurst, Knackwurst, Leberwurst, Rothwurst und ächte Gothaer Knack- und Rostwürstchen in ganz vorzüglicher Güte zu billigen Preisen.

Ausverkauf.

Da die unter der Firma **J. G. Boerner** jun. in der Königsstraße bestehende Jagd- und Reitzeug-Fabrik bis zum 1sten April d. J. aufgelöst werden soll, so werden die auf Lager befindlichen Gegenstände zu bedeutend ermäßigten Preisen ausverkauft. — Wiederverkäufern wird bei Abnahme größerer Partieen noch ein angemessener Rabatt bewilligt.

Von W. Heiser, dem durch seine Composition der Thräne und anderer volksthümlich gewordenen Lieder rühmlichst bekannten Componisten, erscheint binnen 8 Tagen:

Preußen, mein Vaterland.

(Preis 5 Sgr.)

Dies Lied ist des außerordentlichsten Erfolges sicher!!

C. A. Challier & Comp. Spittelbrücke 14.

Donnerstag, den 14. Februar 1850.
Abends 7 Uhr.

Im

Saale d. Singacademie:

CONCERT,

Zum Besten einer hülfsbedürftigen Wittwe,

deren Mann in den Befreiungskriegen 13—15 sich dem Vaterlande geopfert, und die in ihrem vor Rastatt gefallenen einzigen Sohne ihre und ihrer seit 19 Jahren kranken Tochter einzige Stütze verloren hat.

Unter gefälliger Mitwirkung der Damen Fiorentini, Schulz, der Herren Labocetta, Zabel, des Königl. Musikdirectors Josef Gung'l mit seinem Orchester und des Militair-Sänger-Chors. — Die Begleitung am Piano hat Herr Kapellmeister Orsini von der italienischen Oper gütigst übernommen.

1. Ouverture über den Dessauer-Marsch von Fr. Schneider.
2. Spanische Romanze, gesungen von Sgra. Fiorentini.
3. La Sirène. Scherzo fantastique p. le Piano von R. Willmers, vorgetragen von Frl. Schulz.
4. a) An das Preussische Heer, b) Hoch Preussens Kriegsheer } compon. v. Neithardt u. vorgetr. vom Militair-Sänger-Chor.
5. Concert-Fantasie für die Harfe, componirt von Bochsa, vorgetragen von Herrn Zabel.

1. Fest-Ouverture und Siegesmarsch von Ferd. Ries.
2. Arie aus der Zauberflöte „diess Bildniss ist bezaubernd schön," gesungen von Sgr. Labocetta.
3. a) Torneo. Transcription von Th. Döhler.
b) La Najade. Pièce concertante von W. Taubert, vorgetragen von Frl. Schulz.
4. Duett aus der Nachtwandlerin, gesungen von Sgra. Fiorentini und Sgr. Labocetta.
5. a) Die 3 Sterne des Kriegers, b) Soldatenberuf } componirt von Neithardt, gesungen vom Militair-Sänger-Chor.

Billets zu numerirten Plätzen à 1 Thlr. sind zu haben bei **Ed. Bote & G. Bock,** Jägerstrasse 42.

G. Bock,
Königl. Hof-Musikhändler.

Glückwunsch.

„Es lebe die schöne Ziprian, und über's Jahr das junge Kahlköpfchen!"

Familien-Anzeigen.

Gestorben. Herr Präsident a. D. Dr. Paalzow hiers.; Frau Wittwe Louise Müller geb. Breyer hiers.; Frau Regierungs-Sekretair Braumüller geb. Brenneck hiers.

Königliche Schauspiele.

Dienstag, den 12. Februar. Im Opernhause: 22. Abonnementsvorstellung: Der Wasserträger, Singspiel in 3 Abtheilungen nach dem Französischen der deux journées, vom Dr. Schmieder. Musik von Cherubini. Hierauf: Solotanz 1) „La Béarnaise," Pas de deux, ausgeführt von Frl. Brussi und Hrn. Gasperini. 2) „Mazurka," getanzt von Frl. Galster und Hrn. Ebel. 3) „Pas de bouquet," ausgeführt von Frau Brue und Hrn. Hoguet-Vestris. Anfang halb 7 Uhr.

Mittwoch, den 13. Im Schauspielhause. 26. Abonnements-Vorstellung: Struensee, Trauerspiel in 5 Abtheil., von M. Beer. Die Ouverture, die Musik zu den sämmtlichen Zwischenakten und die zur Handlung gehörige Musik ist von G. Meyerbeer. Anfang 6 Uhr.

Königstädtisches Theater.

Dienstag, den 12ten: Die beiden Nachtwandler, oder: Das Nothwendige und das Ueberflüssige, Posse mit Gesang in 2 Akten, von J. Nestroy.

Mittwoch, den 14. (Italienische Opern-Vorstellung): Roberto il Diavolo, (Robert der Teufel), Oper in 5 Akten. Musik von Meyerbeer. — (Sga. Claudina Fiorentini: Alice, als Gastrolle.)

Zur Unterstützung für die durch die Ueberschwemmung Nothleidenden im Guhrauer Kreise sind ferner bei uns eingegangen:

Von Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Alexander v. Preußen 25 Rt., durch den Cantor Schmidt zu Freisdorff gesammelt von den Schulkindern von Rammelburg und Freisdorff 15 Sgr., Summa 25 Rt. 15 Sgr., mit Hinzurechnung der früheren Beträge 393 Rt. 15 Sgr. 6 Pf.

Börse von Berlin, den 12. Februar.

Wechsel-Course.

Amsterdam	250 Fl.	kurz	143⅞ bez.
do.	250 Fl.	2 Mt.	142⅞ bez.
Hamburg	300 Mk.	kurz	151⅞ B.
do.	300 Mk.	2 Mt.	150⅞ B.
London	1 Lst.	3 Mt.	6. 26⅞ B.
Paris	300 Fr.	2 Mt.	81⅞ B.
Wien in 20 Fl.	150 Fl.	2 Mt.	90⅞ bez.
Augsburg	150 Fl.	2 Mt.	102⅞ G.
Breslau	100 Thlr.	2 Mt.	99⅞ G.
Leipzig in Court. im 14-Thlr.F.	100 Thlr.	8 Tg.	99⅞ G.
do.	100 Thlr.	2 Mt.	99⅞ G.
Frankfurt a. M. südd. W.	100 Fl.	2 Mt.	56. 26 B.
Petersburg	100 SR.	3 W.	108⅞ G.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.			Zf.	
Freiwill. Anleihe	5	107½ bez. u. B.	Ostpr. Pfandbr.	3½	
St.-Schuld-Sch.	3½	89 bez.	Pomm. Pfandbr.	3½	95½ G.
Seeh. Präm.-Sch.	—	104½ bez.	Kur- u. Nm. Pfbr.	3½	96½ G.
K. u. Nm.Schuldv.	3½		Schlesische do.	3½	95½ G.
Berl. Stadt-Oblig.	5	104½ B.	do. Lit. B. gar. do.	3½	
do. do.	3½	87½ G.	Pr. B.-Anth.-Sch.	—	95½ à 96 bez.
Westpr. Pfandbr.	3½		Friedrichsd'or	—	113½ bez.
Grossh. Posen do.	4	101½ bez.	And.Goldm. à 5 th.	—	112 1/12 bez.
do. do. do.	3½	91 G.	Disconto	—	

Eisenbahn-Actien.

	Zf.			Zf.	
Berg.-Märkische.	4	44½ B.	Magdeb.-Wittenb.	4	63 G.
do. Prior.	5	100½ bz.	Mecklenburger	4	34½ B.
Berl.-Anh. A. B.	4	94½ B. 94 G.	Niederschl. Märk.	3½	85 B.
do. Prior.	4	95½ G.	do. Prior.	4	95½ bez.
Berl.-Hamburger	4	81a81½ bz. G.	do. Prior.	5	104½ bez.
do. Prior.	4½	100½ bz.	do. 3. Serie	5	103½ B.
do. 2. Em.	4½	98 G.	N. Schl. M. Zwgb.	4	29 B.
Berl. Potsd. Mgdb.	4	66½a½ bez. G.	do. Prior.	4½	
do. Prior.	4	94 bz. G.	do. Prior.	5	
do. do.	5	102½ B.	do. St. Prior.	5	
do. do.Lit.D.	5	100½ bz.	Oberschl. Litt. A.	3½	106½ B.
Berl.-Stettin	4	106½ bz.	do. Litt. B.	3½	104½ B.
do. Prior.	5	105 bz.	do. Prior.	4	
Bonn-Cölner	5		Prz.W. (St. Voh.)	4	33 B.
Breslau-Freiburg	4		do. Prior.	5	97½ bez.
Cöln-Minden	3½	96½ a ½ bz. B.	do. II. Serie	5	82 B.
do. Prior.	4½	101½ bz.	Rheinische	4	45½ G.
do. do.	5	104½ B.	do. St.-Prior.	4	77½ B.
Crac.-Oberschl.	4	74 bz. B.	do. Prior.	4	90 B.
do. Prior.	4	86½ B.	do. v. Staat gar.	3½	
Dresden-Görlitz	4		Sächs.-Baier.	4	
Düsseld.-Elberf.	4	79 B.	Stargard-Posen	3½	84½ a ½ bez.
do. Prior	4	89½ B.	Thüringer	4	66½ a ½ bez.
Fr.-Wilh.-Nordb.	4	45 a 44½ bz.	do. Prior.	4½	98½ bez.
do. Prior.	5	100 B.	Wilhelmsb. (Cosel-Oderberg)	4	
Kiel-Altona	4		do. Prior.	5	
Magdeb.-Halber.	4	144½ bz. G.	Zarskoje-Selo	—	80 B. excl. Coup.]
Magdeb.-Leipz.	4				
do. Prior.	4	98 G.			

Ausländische Fonds.

Russ.-Engl. Anl.	5	111⅞ bez.	poln. P.-O. à 500fl.	4	81⅞ bez.
do. 1. Anl. b. Hope	4		do. do. à 300fl.	—	121 bez.
do.2-4.A.b.Stiegl.	4	90⅞ G. V. 89⅞ G.	poln. Bank-C.L.A.	5	94⅞ bez.
do.poln.Schatz-O.	4	80 bez.	do. do. L.B.	—	17 G.
poln.Pfandbr.alte	4	96 B.	Kurh.P.Sch.à40th.	—	33⅞ G.
do. do. neue	4	95⅞ G.	N.Bad.Anl. à 35Fl.	—	19⅞ B.

Die Geschäftsstille währte fort, doch waren die Course der Fonds- und Eisenbahn-Actien wenig verändert, mit Ausnahme von Bank-Antheilen und Hamburger Eisenbahn-Actien, welche zu höheren Preisen gesucht blieben.

Berliner Getreidebericht vom 11. Februar.

Weizen loco n. Qu.	52 — 56	Rüb-Oel loco	13½ bez. 1/12 B.
Roggen do. do.	27 — 28½	pr. Februar	13 1/12 B. 13½ G.
pr. Frühjahr	27 B. 26½ G.	pr. Febr./März	13½ B. ½ G.
pr. Mai/Juni	27½ B. 27 G.	pr. März/April	13½ B. 1/12 G.
pr. Juni/Juli	28½ B. 28 G.	pr. April/Mai	13 1/12 B. 13 G.
Hafer loco n. Qu.	17—18	Spiritus loco o. F.	13⅞ bez.
pr. Frühjahr	16½ B. 16 G.	do. mit Faß	
Gerste, große, loco	22 — 24	pr. Februar	13½
do. kleine, loco	19—21	pr. April/Mai	14½ B. 1/12 G.
Rapps		pr. Mai/Juni	14½ G. ½ B.
Rübsen		pr. Juni/Juli	15 G. ½ B.
Lein-Oel loco			

Auswärtige Börsen.

Breslau, den 9. Februar. Poln. Papiergeld 99 bez. — Oester. Banknoten 90⅚, ½. Poln. 500-Fl.-Loose 81½ B. Schatz-Obligationen 4% 80½ B. Oberschl. Lit. A. 106½ B., do. B. 104¾ B. Breslau-Schweidnitz-Freiburg 79 B. Sächsisch-Schlesische —. Niederschlesisch-Märkische 84½ bez. u. B. Cosel-Oderberg 64 G. Cöln-Minden 95¾ B. Neiße-Brieg 37½ B. Krakau-Oberschlesische 73½ B. Krakau. Prior. 4% 86 B. Fr.-W.-Nordbahn 44¾ B.

Auswärtige Marktberichte.

Leipzig, 9. Februar. Mit Rüböl, welches im Anfange der Woche noch willig mit 14 Rt. bezahlt wurde, ging es wieder flauer, und mußte später zu 13⅛ a 13¾ Rt. begeben werden. Auch Termine sind niedriger zu haben, und zu notiren: Febr. — März 13½, März — April 13⅝ Rt. April — Mai 13¼ Rt.

Magdeburg, 9. Februar. Die Getreide-Zufuhren ließen gegen vorige Woche etwas nach, doch fand das angestellte Quantum ungeachtet der flauen Berichte von außerhalb rasch Nehmer, wobei Weizen jedoch eine Kleinigkeit wich, bezahlt wurde Weizen 120 — 132 Pfd. 37 — 44, Gerste 20 — 23 Rt., Roggen 26½ — 28 Rt. Raff. Rüböl 15 Rt. Kleesaat noch kein Umsatz, und keine festen Preise.

Stettin, 9. Februar. In Weizen nichts gehandelt. Roggen pr. Frühjahr zu 26½ Rt. regulirt, 26¼ Rt. G., pr. Juni — Juli 82 Pfd. 28 Rt., 27¾ Rt. B., 86 Pfd. 29 Rt. B.

Am Landmarkt: Weizen 45 a 48, Roggen 27 a 29, Gerste 22 a 23, Hafer 16 a 18 Rt.

Rüböl loco und pr. Februar 12 11/12 Rt. B., 12⅚ Rt. G., pr. März — April 12 11/12 Rt. B., pr. April — Mai 12½ Rt. bez. u. B., 12¼ Rt. G., pr. Juli — August 12 Rt. B., pr. Sept. — Octbr. 12 Rt. bez., B. u. G.

Spiritus aus erster Hand zur Stelle und aus zweiter Hand ohne Faß 26¼ a 26 % bez., pr. Frühjahr 25¼ % B., pr. Juni — Juli 23¾ % geboten, 23½ % B., pr. Juli — August 23 % bez.

Magdeburg, 11. Februar. Weizen — a —, Roggen — a —, Gerste — a —, Hafer — a — Rt. Kartoffel-Spiritus loco 18 Rt. pr. 14,400 % Tr.

Hamburg, 8. Februar. Das noch immer anhaltende Fallen der Getreidepreise an den englischen Märkten erhält auch an den unsrigen eine ungemein große Flauheit, so daß kaum ein Umsatz von Erheblichkeit bekannt wird. Weizen ist 1 a 2 Rt. pr. Last niedriger, Roggen mühsam preishaltend. Gerste flau und 1 a 2 Rt. billiger. Hafer zu den letzten Preisen flau. Rappsaamen fest, ab Westküste 150 Rt. Bco.

Spiritus. Bordeaux- und Cette- bis 32 Rt. bezahlt, preuß. gereinigter Kartoffeln bei Marken mit 20½ a 31½ Rt. bezahlt. Geringere Waare ist zu billigeren Preisen zu haben, außerdem soll eine starke Partie gereinigter Runkelrübenspiritus zu 19⅞ Rt. genommen sein, was, wenn es sich bestätigt, überaus theuer bezahlt wäre, da die Verbrauchsfähigkeit solcher Waare, möge sie auch noch so geschickt fabricirt sein, doch zu Zwecken, für welche Kartoffelspriet sich genügend bewährt, gerechtem und anerkanntem Zweifel unterliegt. Roher ohne Begehr bei nominellen Preisen von 14 a 14⅞ Rt.

Rüböl war weichend, loco zu 24 Mk., pr. März und April 24⅞ Mk., pr. October zu 23⅞ Mk. angeboten, mit 4 ß. weniger gut zu lassen. — Gestern waren pr. Februar zu 24 Mk., pr. Mai 24⅞ Mk. Nehmer, pr. October 23⅞ Mk. B. u. G. Heute war in loko zu 24 Mk., Mai 24⅞ Mk., pr. October zu 23⅞ a ⅞ Mk. B. u. G.

Oelkuchen. Lein- nominell, lange loco 85 a 95 Mk. Crt., in der Ostsee 62 a 65 Mk. Bco. Rapp- träge, lange loco 60 a 62 Mk. Crt., auf Lieferung 62 a 65 Mk. Crt., in der Ostsee 40 a 41 Mk. Bco.

Oeffentliche Gerichts-Verhandlung.

Berlin, den 12. Februar. Prozeß gegen die Steuerverweigerer.

Der Angeklagte Hildenhagen erhält zuerst vor der ferneren Verhandlung das Wort und sucht sich in einer, von der größten Aufregung zeugenden Rede gegen eine gestern vom Staatsanwalt gemachte Aeußerung in Bezug auf ein vom Angeklagten eingereichtes Attest aus dem Jahre 1846, zu verwahren. Da der Angeklagte wiederholt vom Präsidenten aufgefordert werden muß, doch endlich zur Sache zu kommen, verzichtet er zuletzt für heute ganz darauf.

Die Verhandlung geht über zum Angeklagten, Bauergutsbesitzer Buntzel; derselbe ist bereits wegen anderer Vergehen bestraft. Er hat die Steuerverweigerungs-Proklamationen vielfach verbreitet und in langen Anschreiben zur Ausführung des Beschlusses ermahnt. Ebenso hat er einen Aufruf, d. d. Halberstadt vom 18. Novbr. 1848 an „die Kameraden der Landwehr und Linie" verbreitet, in dem unter Anderen folgende Stellen vorkommen: Wir beschwören Euch unseren Worten nachzukommen! von unseren Vertretern, von diesen Ehrenmännern erschallt der Ruf: das Vaterland ist in Gefahr durch die verrätherischen Diener der Krone; eure heiligste Pflicht ist es die Vertreter des Landes zu schützen; steht auf! erstes und zweites Aufgebot für sie und sollte es zum Kampf kommen, dann bedenkt: sie werden nicht schießen, aber schießt auch nicht! rc.

Der Angeklagte gesteht zu, die Proclamationen verbreitet zu haben, aber nicht zu wissen, ob er es auch mit diesem Aufruf gethan habe.

Auch mehrere von dem Angeklagten verfaßte Briefe werden verlesen und zeugen für seine verbrecherische Thätigkeit. In einem derselben warnt er die Wahlmänner seines Kreises vor einer Erwählung des Präsidenten Wentzel (Ratibor); er sagt darüber: „Ich bitte Ihnen um Gotteswillen, wählt doch ein solches Subject nicht, einen Mann, reactionär durch und durch."

Der Staatsanwalt, Herr v. Radicke, beantragt nach einem kurzen Plaidoyer das Schuldig.

Der Vertheidiger, Advokat-Anwalt Volkmar, zeigt zuerst den Geschworenen, daß der Angeklagte so das Vertrauen in seinem Kreise genieße, daß er, „ob oder weil der Angeklagte hier säße", wieder zum Abgeordneten seines Kreises für die zweite Kammer gewählt sei. Der Vertheidiger geht dann auf die Thätigkeit des Angeklagten selbst über. Der Ober-Präsident von Schlesien habe unter dem 17. November in einer Bekanntmachung erklärt: daß dem Ministerium die Steuern vorbehalten werden sollten. Wenn nun ein so hoch gestellter Beamter dies gethan, und jetzt mit 2000 Thlr. pensionirt und Mitglied der ersten Kammer sei, wie viel mehr sei es einem Bauergutsbesitzer zu verzeihen, solchen Ideen nachgehangen zu haben.

Dann behauptet der Vertheidiger daß nicht bloß der passive, sondern auch der active Widerstand zu Zeiten als ein Akt der Nothwendigkeit und des Rechts anzusehen sei.

Der Präsident fordert den Gerichtsschreiber auf, diese Aeußerung des Vertheidigers zu registriren.

Bei fernerer Ausführung dieses Thema's sieht sich der Präsident zu der Mahnung an den Herrn Volkmar genöthigt, in seinen Ansichten „Maaß zu halten und hier nicht Lehren zu predigen, wonach der Hochverrath straflos sein solle" und zu bedenken, daß nachtheilige Folgen daraus für seine Person entstehen könnten. Nachdem darauf auch noch die Staatsanwaltschaft die Aeußerungen und Anführungen des Herrn Volkmar kräftig gerügt, geht die Verhandlung zum folgenden Angeklagten, dem Bauer Käntsch (bei Neustettin) über.

Auch diesem sind ähnliche Vergehungen, wie den bereits genannten, zur Last gelegt und gesteht er sie zu.

Sein Vertheidiger Volkmar führt aus, daß Steuerverweigerungs-Ideen bereits der Herr v. Bülow-Cummerow in seiner Eröffnungsrede des sogenannten Junker-Parlaments geäußert habe, ohne daß dieser deshalb zur Verantwortung gezogen worden sei. Aber „die Junker würden nicht angeklagt, wohl aber die Vertreter des Volks."

Es folgt der fernere Angekl. Rector Herhold. Die Anklage gegen ihn lautet wie die früheren. Er läugnet keins der ihm schuldgegebenen Thatsachen, doch hat er in dem Steuerverweigerungsbeschluß nur eine Steuer-Aufbewahrung gesehen, obwohl er zugesteht, daß mit dem Beschlusse Anarchie in das Land kommen und auch der Staats-Organismus zerstört werden würde.

Nach Verlesung vieler und langer Zeugnisse über seine frühere amtliche Wirksamkeit und vor Vernehmung der von dem Angekl. vorgeschlagenen Zeugen wird beim Schlusse unseres Blattes eine halbstündige Pause in der Verhandlung gemacht.

Inhalts-Anzeiger.

Die deutsche Frage.
Deutschland. Preußen. Berlin: Bericht aus der ersten und zweiten Kammer. Die hiesige Presse. Commissionen. Berichtigung. — Posen: Notizen. — Bromberg: Soldateske. — Münster: Lokales. — Köln: Wasserstand.
Wien. Gerüchte. Presse. Notizen. München. Abgeordneten-Kammer. Stuttgart. Ueber die preußische Pairie. Vom Bodensee. Besuch. Frankfurt. Gesetzgebende Versammlung. Elementarisches. Hochzeit. Weimar. Der Landtag aufgelöst. Aus den sächsischen Herzogthümern. Verkehr. Schwerin. Zur Verfassungsfrage. Rostock. Die Zollfrage betreffend.
Ausland. Frankreich. Paris: Stürmische Sitzung der gesetzgebenden Versammlung. vive la republique! Griechische Interpellation. Electrische Telegraphen. Vermischtes.
Großbritannien. London: Parlamentsnotizen. Vermischtes.
Griechenland. Athen: Stand der Angelegenheiten.

Verantwortlicher Redacteur: Wagener.

Selbstverlag der Redaction.

Druck von C. G. Brandis in Berlin, Deßauer Straße № 5.